SPÖ Neutal

WIR NEUTALER ORTSPÖST

www.neutal.spoe.at

Ein Service der SPÖ Neutal - Ausgabe 3/2020

Urlaub zu Hause im Waldbad!

Viele Bauprojekte:

Der Neutaler Weg soll mit Weitsicht gerade wegen der Krise fortgesetzt werden!

mehr auf Seite 2 bis 4

Diesmal mit einem großen Medienrückblick auf die Bundespolitik!

IMPRESSUM Herausgeber: SPÖ NEUTAL, 7343 NEUTAL, ERLERNEWEG 12 Druck: Degendorfer Druck / Weppersdorf

Klartext

Erich Trummer
Bürgermeister

Liebe Neutalerinnen,
Liebe Neutaler!
Geschätzte Jugend!

Das Corona-Virus hat uns vor Augen geführt, wie anfällig unser gesellschaftliches und wirtschaftliches System geworden ist. Und es zeigt, wie abhängig wir uns von einem nahezu ungezügelten Markt gemacht haben. Es ist deshalb aus meiner Sicht der richtige Zeitpunkt gekommen, endlich umzudenken, in aller Ruhe ohne Scheuklappen zu analysieren und neue Wege zu gehen. Weg vom Neoliberalismus, hin zu mehr Ausgewogenheit und Nachhaltigkeit.

Insgesamt 50 Milliarden Euro verspricht die Bundesregierung seit Monaten für die Krisenbewältigung, ohne zu sagen, wer künftig diese Kosten bezahlen soll. Viele Betroffen berichten mir, dass die sogenannten Hilfsgelder viel zu spät eintreffen oder sagen gar, dass sie durch den Rost fallen. Die COVID-19 Krise wird auch unsere Gemeinde - alleine in diesem Jahr - mit Mindereinnahmen von rund 450.000,- Euro treffen. Deshalb haben wir im Gemeinderat bereits im April, mit den Stimmen der SPÖ-Fraktion, das Forderungspapier an den Bund „Rettung der Gemeindeleistungen und

Gerechte Krisenfinanzierung für Neutal

für ein kommunales Investitionspaket für Arbeit & Wirtschaft“ beschlossen. Die Corona-Finanzierung soll demnach aus einer Millionärssteuer, Digitalsteuer (Internethandel wie zB. Amazon) und eine Finanztransaktionssteuer erfolgen.

Aufgrund des Drucks vieler gleichlautender Gemeinden und der Oppositionsparteien im Parlament hat die Bundesregierung doch noch den 2. Teil unserer Forderung mit einer 50 % Investitionsförderung zugesagt. Das sind für Neutal gedeckelt 116.000,- Euro. Die Gemeinden brauchen zuerst aber den Ausgleich der Einnahmenausfälle, um überhaupt erst diese Investitionen ohne neue Schulden auslösen zu können. Sonst ist das sogenannte Hilfspaket eine reine Animation für das Schuldenmachen ohne Sicherung der laufenden Gemeindeleistungen („von der Wiege bis zur Bahre“). Der Bund hat die alleinige Steuerhoheit und muss mit „frischem Geld“ eine gerechtere Gegenfinanzierung dieser zig Krisenmilliarden vornehmen, sonst werden noch unsere Kinder lange zurückzahlen.

Die Gemeinde Neutal ist finanziell relativ gut aufgestellt, wir Gemeindevertreter müssen aber jetzt besonders jeden Euro mehrmals umdrehen, bevor wir ihn ausgeben können. Wie wollen jedenfalls mit Augenmaß und Weitsicht den erfolgreichen Neutaler Weg weiter gestalten. Deshalb haben wir auch zB. am Projekt „Ausbau der Feuerwehr als Katastrophenschutzzentrum“ festgehalten und wir sind dabei unter diesen schwierigen Umständen notwendige Zukunftsinvestitionen verantwortungsvoll zu planen.

Ich danke Ihnen dafür bereits im Voraus für Ihre weitere Unterstützung und wünsche Ihnen einen schönen Sommer sowie ganz viel Gesundheit!

Ihr Bürgermeister

Feuerwehrausbau als Katastrophenschutz-zentrum startet

Die Sicherheit hat für die Gemeindevertretung einen hohen Stellenwert. Deshalb wird nun, nach penibler Vorbereitung, das Feuerwehrhaus als Katastrohpenschutzzentrum ausgebaut. Der kürzlich durchgeführte Spatenstich ist somit auch ein weiterer Meilenstein für den im SP-Wahlprogramm 2017 versprochenen Sicherheitsausbau.

In guter Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehr mit Kommandanten Wolfgang Heidenreich an der Spitze und der Gemeindevertretung mit Bürgermeister Erich Trummer, den Feuerwehrbeiräten Ing. Peter Kollarits sowie Manuela Wessely wurde seit Jahren die künftige Erfordernis einer modernen Infrastruktur für unsere dynamisch waschsende Gemeinde geplant. Der Katastrophenschutz nimmt dabei einen neuen Stellenwert ein. Die gestiegenen Anforderungen werden auch im neuen Landesgesetz mit der Einstufung unserer Wehr in die zweithöchste Stufe bestätigt, dass wiederrum eine entsprechend höher Landesförderung für den Feuerwehrhausbau auslöst. Die OSG Oberwarter Siedlungsgenossenschaft wird so wie den Bestand auch den Zubau unter Einbezug kommunalsteuerabführender Neutaler Betriebe errichten. In dem rund 530.000 Euro teuren Zu- und Umbau wird auch die zeitgemäße Infrastruktur für Feuerwehrfrauen errichtet. Das neue Katastrophenschutzzentrum zeichnet sich vor allem als Schutzinseln bei sogenannten „Black out-Szenarien“ (Totalstromausfall) aus. Ein Notstromaggregat soll das Feuerwehrhaus als Einsatzzentrale und Bürgeranlaufstelle gewährleisten, selbst wenn in der ganzen Region kein Strom vorhanden ist (wie das in einigen Regionen in Europa bereits passiert ist).

Muba-Ausstellung wurde **attraktiviert** und **erweitert**

Das Muba Museum für Baukultur Neutal wurde im Rahmen des Jubiläumsjahres „750 Jahre Neutal“ umfassend attraktiviert und um eine Sonderausstellung zur Gemeindegeschichte sowie eine kinderfreundlichen Ausstellungsbereich erweitert. Trotzdem die Eröffnung coronabedingt auf das nächste Jahr verschoben werden musste, ist die Neugestaltung für Besucher bereits ab Sommer zugängig.

Der Obmann des Museumsvereines DI Hans Godowitsch und sein Team sind stolz auf die neuen Ausstellungsattraktionen: „Nach 15 erfolgreichen Jahren Muba-Ausstellung ist das Gemeindejubiläum ein idealer Zeitpunkt, die viel beachtete Ausstellung behutsam zu überarbeiten.“ Das mit 80 % der Kosten vom EU-Regionalförderverein Mittelburgenland plus unterstützte Projekt wird von der Gemeinde kofinanziert. Bürgermeister Erich Trummer: „Mit dem neuen Ausstellungsbereich zur 750jährigen Entwicklung der Gemeinde wird das Muba auch zum Haus der Geschichte Neutals.“ Der Künstler Andreas Lehner (klingende Blumenskulptur, Platz der Arbeit) hat die Ausstellung auch für Familien und Kinder noch erlebbarer gemacht. Jedenfalls freuen sich die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Muba wieder zahlreiche Gäste aus Nah und Fern begrüßen zu können, besonders würden sie sich über viele Interessierte aus Neutal freuen. In diesem Sinn: Schauen Sie sich das ein einfach an. Sie werden sehen, es lohnt sich.

Wohngemeinde: **Bauboom** in Neutal

Die vielen Aktivitäten der Gemeindevertretung für eine hohe Attraktivität der Wohngemeinde Neutal zahlt sich offensichtlich aus. In diesem Jahr sind 6 Reihenhäuser (alle vergeben) und 5 Einfamilienhäuser in Bau, 4 Reihenhäuser sind in Plan und sollen im Jahr 2021 errichtet werden.

Die Schaffung von leistbaren Wohnraum ist der Gemeindevertretung seit vielen Jahren ein großes Anliegen. Insgesamt 80 (!!!) Wohnungen in Wohnblockbauten und 21 (!!!) Reihenhäuser stehen ihren Bewohnern in Neutal zur Verfügung. Weitere 4 Reihenhäuser werden im nächsten Jahr in der Bachgasse hinter der Volksschule bzw. betreubaren Wohnen entstehen. In den Wohngebieten am Erlenweg und in der Feldäckersiedlung wurden geförderte Gemeindebaugründe erschlossen, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Ein richtiger Bauboom ist in diesem Jahr mit gleich 4 Familien gegeben, die ihren Wohntraum in der Feldäckersiedlung verwirklichen. Somit sind nur mehr 3 voll aufgeschlossene Bauparzellen zum günstigen Preis von 25 Euro je Quadratmeter frei.

Die Vorzüge der Wohngemeinde Neutal werden von den Bauwerbern aber auch sehr oft mit der tollen Infrastruktur in der Gemeinde ins Treffen geführt. Eine umfassende Kinderbetreuung (Krippe, Kinderkarten, schulische Tagesbetreuung), eine tolle Volksschule, eine Nahversorgung mit Gastro und Lebensmittel sowie ein umfangreiches Sport- und Freizeitangebot überzeugen offensichtlich junge Familien, sich für Neutal zu entscheiden. Sicherlich begünstigt auch das Arbeitsplatzangebot die Entscheidung für die Wohngemeinde Neutal. Jedenfalls ist Neutal eine von wenigen Gemeinden im Bezirk mit einer positiven Bevölkerungsentwicklung und hat bereits 1100 Einwohnermarke überschritten. Das hilft die aufgezählte Infrastruktur zu sicher, was keine Selbstverständlichkeit ist!

Gleich 4 junge Paare verwirklichen in diesem Jahr ihren Traum von Eigenheim in dem von der Gemeinde angebotenen Wohngebiet Feldäckersiedlung. Es sind somit noch 3 günstige Gemeindebauplätze vorhanden.

In der Wiesengasse werden in diesem Jahr mit Mietern von 6 Reihenhäuser und der Errichtung eines Wohnhauses "altes Bauland mobilisiert" und die vorhandene öffentliche Infrastruktur effizienter genutzt. Bisher nicht mobiles Bauland im Privatbesitz wird damit zumindest etwas reduziert.

SPÖ Neutal

KOMMENTAR

BIRGIT GRAFL
Obfrau SPÖ Neutal

NaW NEUTAL AM WORT

Was macht die Wohngemeinde Neutal attraktiv für Sie?

Diana Hofer

Der familiäre Bezug ist neben den günstigen Bauplätzen, der sehr guten Infrastruktur (öffentliche Anbindung, potenzielle Arbeitgeber) und des tollen Freizeitangebotes Grund, weshalb wir uns für Neutal entschieden haben.

Jessica Simon

Für mich persönlich ist Neutal eine sehr lebenswerte Gemeinde mit vielen infrastrukturellen Vorteilen wie die direkte Anbindung an die S31. Den größten Vorteil sehe ich aber in den großzügigen Förderungen für junge Hausbauer.

Chritoph Lapatschek

Neutal ist innovativ und zukuntsorientiert. Egal ob für Familien mit Kindern oder Senioren - es gibt für alle Altersgruppen das passende Angebot an Einrichtungen und Veranstaltungen.

Barbara Stocker

Ich lebe schon immer in Neutal. Für uns war ein Wohnort mit guter Kinderbetreuung und viel Freizeitangebot wichtig. Im Sommer nützen wir das Schwimmbad, den Tennisplatz und die vielen Spielplätze. Durch die Erschaffung von neuen Bauplätzen konnten wir uns unseren Traum vom eigenen Haus auch noch erfüllen.

Büchereinews...

Lesesommer 2020

Der Lesesommer 2020 beginnt wieder!
Bist du dabei?
Hol dir deinen Lesepass von deiner Lehrerin in der Schule oder aus der Bücherei.
Für jedes gelesene Buch bekommst du einen Stempel in deinen Pass.
Ist dein Lesepass voll, bringst du diesen in die Bücherei oder zu Schulbeginn in die Schule!
Eine Überraschung erwartet dich wieder!

NEU: Eine Liste unserer Medien finden Sie im „Online-Katalog" auf unserer Homepage
www.neutal@bvoe.at

Sommerliche Öffnungszeiten im Juli und August:
Mittwochs von 18:00 - 19:00 Uhr

Liebe NeutalerInnen,
Liebe Neutaler!
Geschätzte Jugend!

Gute Arbeit – fair bezahlt, sicher und sinnvoll – ist die Basis für ein gutes Leben. Sie ermöglicht Eigenständigkeit, Selbstbestimmtheit und Entfaltung.
In über 80 Pressekonferenzen hat die Regierung in der Corona-Krise versprochen: „Koste es, was es wolle" und „Wir lassen niemanden zurück". Doch diese Versprechen hat die Regierung nie eingelöst:
200.000 Menschen haben ihre Arbeit verloren.
Jedes dritte Kleinunternehmen steht vor dem Aus.
Im Herbst fehlen tausende Lehrstellen für junge Menschen.

Gerade jetzt, wo viele Menschen mit Arbeitslosigkeit und Existenzängsten konfrontiert sind, braucht es die Sozialdemokratie und ihren unbedingten Einsatz für die Menschen.

Hunderttausende Arbeitslose werden dagegen im Regen stehen gelassen. Anstatt das Arbeitslosengeld zu erhöhen – was die SPÖ und auch ExpertInnen seit Wochen fordern – werden sie mit einer Einmalzahlung von 450 Euro abgespeist. Und das erst im Oktober, obwohl bei vielen jetzt schon finanziell der Hut brennt.

Denn die Versprechen "Koste es, was es wolle" und "Wir lassen niemanden zurück" hat die Regierung nie eingelöst. Die Menschen brauchen echte, rasche Hilfe statt leerer Versprechen!
Die SPÖ fordert, dass jeder Arbeitslose im Schnitt 300 Euro mehr hat – durch eine nachhaltige Erhöhung des Arbeitslosengelds auf 70 Prozent des letzten Gehalts. Das kurbelt den Konsum an und hilft Betroffenen und Wirtschaft.
Covid-19 wird uns noch Monate und Jahre beschäftigen, derzeit sind es hierzulande jedoch meistens gute Nachrichten, nach denen wir uns lange gesehnt haben. Daher freut es mich besonders, liebe NeutalerInnen, dass wir wieder -unter Einhaltung der vorgegebenen Maßnahmen- unsere sozialen Kontakte wieder pflegen können. Wir Neutaler schätzen auch was wir direkt vor der Tür haben, getreu dem Motto „das Gute liegt so nah", genießen wir in unserer Heimatgemeinde ein vielfältiges Freizeitangebot, welches für jede Generation etwas bietet.
In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen schönen, erholsamen Sommer, vor allem aber bleiben Sie Gesund!

Ihre

Birgit Grafl

Jahresrückblick auf **1 Jahr Nachbarschaftshilfe PLUS Neutal**

NachbarschaftsHILFE PLUS
miteinander - füreinander

Das Sozialprojekt Nachbarschaftshilfe PLUS startete im Juli 2019 in unserer Gemeinde Neutal.
Die positive Rückmeldung der Mitbürger/innen für die angebotenen Dienste war deutlich spürbar.
Bis Ende Mai wurden **308 soziale Dienste** von unseren Ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen geleistet. Dabei wurden **2420 Kilometer** zurückgelegt und **360 Stunden** kostbarer Freizeit geschenkt. Dafür ein herzliches Dankeschön!
Unsere **18 Ehrenamtlichen** sind mit viel Herz und Engagement im Einsatz - treu unserem Motto: **Miteinander - Füreinander**. Die lobenden Worte der zufriedenen Mitbürger/innen sind ihr schönster Dank.
Im Dezember 2019 wurde unser Projekt mit den Martinipreis und unsere Ehrenamtlichen mit einer Urkunde ausgezeichnet.

Im März 2020 gab es ein Miteinandertreffen Neutal – Stoob mit unseren Pensionisten. Das Treffen wurde mit Begeisterung und viel Freude aufgenommen.

Die diesjährige Corona Pandemie hat uns vorübergehend wie auch viele andere in unserer Tätigkeit gestoppt. Ein ganz besonderes Dankeschön gilt daher unserer Gemeinde und deren Bediensteten die in dieser Zeit unsere EAM durch Ihren spontanen Einsatz entlastet haben. Die Dienste wie Einkauf und Apotheken-Service wurden prompt und unbürokratisch zur vollsten Zufriedenheit erledigt.
Ein ganz besonderes Dankeschön gilt auch unseren Ehrenamtlichen sowie den beiden kurzfristig schnell entschlossen befristeten Ehrenamtlichen Christina Draxler und Herrn Roland Adamek für den Spontanen „Einsatz" die Ihre wertvolle Zeit für den guten Zweck zur Verfügung gestellt haben.
Auch nicht zu vergessen danke ich den beiden Ehrenamtlichen Damen Gertrude Kröpfl und Maria Ertl die den Telefonkontakt in dieser „Corona"-Zeit wie immer souverän und pflichtbewusst übernommen haben.
Seit 15. Mai ist die Nachbarschaftshilfe Plus mit seinen Ehrenamtlichen Fahrern Frau Maria Ertl, Herrn Peter Rathmanner, Herrn Günther Dominkovits , Herrn Josef Geissler sowie Herrn Engelmayer Josef wieder voll im Einsatz.

Natürlich unter Einhaltung der entsprechenden Auflagen mit Maske und Sicherheitsabstand bieten wir wieder folgende kostenlose Dienste an:

>>> Fahr- u. Begleitdienst
(in Begleitung zum Arzt/Ärztin, u Therapien, zum Einkauf etc.)

>>> Einkaufs- und Medikamentenservice
(Dinge des täglichen Bedarfs und Medikamente werden nach Hause gebracht)

>>> (Telefon)-Besuchsdienst
(plaudern und austauschen, in Kontakt bleiben)

>>> Spaziergehdienst
(in Begleitung im Ort spazieren gehen)

Bei Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit nehmen Sie bitte Kontakt mit mir auf.

Eva Loibl

Persönliche Sprechstunde Dienstag und Donnerstag von 8 - 10 Uhr im Gemeindeamt.

Zusätzlich telefonisch erreichbar Montag, Dienstag und Donnerstag 8 - 12 Uhr,
Mobil: 0664 53 66 870 www.nachbarschaftshilfeplus.at

Kommunalpaket des Bundes ist für die Liquidität der Städte und Gemeinden **unwirksam**

Der GVV Burgenland und Gemeindereferentin Astrid Eisenkopf begrüßen zwar das Investitionspaket des Bundes. Oberste Priorität bleibt für den GVV und die Gemeindereferentin aber die leider weiterhin offene Sicherstellung der Liquidität der 171 burgenländischen Gemeinden.

Das von der Bundesregierung präsentierte "Kommunalpaket" ist nur ein Teil, dass der Gemeindevertreterverband gefordert und auch der Neutaler Gemeinderat beschlossen hat. Diese Summe von 1 Milliarde Euro soll an alle Städte und Gemeinden nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden, wenn sie Investitionen tätigen. 50% der investierten Summe müssen die Kommunen allerdings selbst aufbringen, um diese Förderung auszulösen. Für GVV Präsident Trummer eine hohe Hürde: "Der Bund will hier den dritten Schritt vor dem zweiten und ersten Schritt machen. Das wird so nicht gehen. Zunächst brauchen wir dringend einen finanziellen 'Rettungsschirm' für die Städte und Gemeinden, denn sonst werden wir diese Zuschüsse gar nicht auslösen können!"
GVV Präsident Erich Trummer und Gemeindereferentin Astrid Eisenkopf sind sich einig, dass eine Aufstockung der Mittel im Kommunalinvestitionsgesetz 2020 (KIG) auf 1 Milliarde Euro ein gut gemeinter Schritt für den kommunalen Konjunkturmotor für Arbeit und Wirtschaft ist. Dennoch ist dies für beide kein wirksames "Kommunalpaket". GVV Präsident Trummer: "Wir müssen gezielt und schrittweise vorgehen! Zuerst ist es notwendig, die Liquidität der Kommunen mit günstigen Bundeskrediten zu gewährleisten und zwar für den laufenden Betrieb! Schließlich werden beispielsweise die Ertragsanteile für die burgenländischen Gemeinden im Juni um rd. 35 % und im Juli um 23 % einbrechen. Als zweiten Schritt muss es, nachdem das Ausmaß der Einnahmenminderung durch den verordneten Stillstand klar ist, seitens des Bundes eine Kompensation der Ausfälle der Ertragsanteile und der Kommunalsteuer geben. Erst als dritten Schritt ist es dann möglich, wenn die Städte und Gemeinden auch wieder Geld zur Verfügung haben, in Infrastrukturprojekte zu investieren!"

Der GVV plädiert daher für ein Hilfspaket in mehreren Schritten, wie dies auch bereits viele burgenländische Gemeinden als Resolution an den Bund beschlossen haben:

1. Sicherung der Liquidität der Gemeinden für den laufenden Betrieb (Personalkosten, Infrastruktur, Fuhrpark, Kinderbetreuung, Pflichtschule, Kanal, Wasser, Müllentsorgung,...).

2. Kompensation des Entfalls der Ertragsanteile und der Kommunalsteuer nach dem Verursacherprinzip. Der Bund hat die COVID-19 Lockdown Maßnahmen angeordnet und muss daher für diesen Entfall aufkommen (wie auch bei der Wirtschaft).

3. Kommunales Investitionspaket (wie vom Bund präsentiert) in Höhe von 1 Milliarde Euro - muss aber bei Bedarf nachgeschärft werden.

4. Finanzierung sowohl des neuen KIG-Pakets als auch der Kompensation der Einnahmenausfälle nicht durch neue Schulden des Bundes. Für die Finanzierung muss „frisches Geld“ aus einer Millionärssteuer, Abgaben aus dem Onlinehandel und aus Finanztransaktionen aufgestellt werden, weil sonst unsere Jugend in Zukunft massiv davon belastet wird.

Freizeitvergnügen im Waldbad

Am 29.5.2020 öffnete unser beliebtes Waldbad wieder seine Pforten. Schon im Vorfeld wurden, in weiser Voraussicht, die notwendigen Vorarbeiten von unseren fleißigen GemendearbeiterInnen geleistet. Das Becken wurde gereinigt, der Grünbereich in Schuss gebracht, das Unkraut glyphosatfrei entfernt und die Sanitäranlagen gründlich geputzt.
Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Empfehlungen der Bundesregierung bezüglich der Covid19- Maßnahmen gelegt, damit einem reibungslosen und sicheren Badespaß nichts mehr im Wege steht.
Gerade weil „Bewegung und Erholung im Freien das Immunsystem stärken“ (aus Corona Leitfaden-MedUni-Wien) ist es der Gemeinde Neutal besonders wichtig, den Besuch unseres Freibades zu ermöglichen.
Auf dem gesamten Gelände befinden sich Hinweistafeln zu den Abstandsregelungen von mindestens 1-1,5m beim Eingangsbereich, der Liegewiese, der Rutsche, dem Sprungturm, im Becken und im Kantinenbereich. Außerdem werden die Badegäste aufgefordert sich oftmals und gründlich die Hände zu waschen.
Natürlich erfordern die Überwachung und Umsetzung dieser Maßnahmen einen personellen Mehraufwand. Darum sind in dieser Saison meist zwei Bademeister gleichzeitig im Einsatz. Sie sorgen durch ihre Umsicht für die Einhaltung der vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen und damit für die Sicherheit aller Badegäste. Darum folgen Sie bitte ihren Anweisungen- es geht um die Gesundheit aller!!
Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und neuen Regelungen wünschen wir uns und Ihnen einen ungetrübten Freizeit- und Badespaß im Sommer 2020! Nun muss es nur noch der „Wettergott“ gut mit uns meinen!

„Comeback-Programm“ für den burgenländischen Tourismus:

Land fördert mit Burgenland-Bonusticket den Urlaub daheim

Getreu dem Motto „Das Gute liegt so nah“ kann jeder Erwachsene und Jugendliche, der im Beherbergungsbetrieb altersbedingt den Vollpreis bezahlt (meist ab dem 14. Lebensjahr) und einen Wohnsitz im Burgenland hat, das Burgenland-Bonusticket geltend machen. **Dieses Ticket hat einen Wert von 75 Euro und kann in allen teilnehmenden gewerblichen Beherbergungsbetrieben vom 1. Juli bis einschließlich 30. September 2020 eingelöst werden.** Die Abwicklung erfolgt über den Burgenland Tourismus. Grundvoraussetzung ist, dass der Urlaubsaufenthalt für mindestens drei Nächte durchgehend gebucht wird.
Es sei, so der Landeshauptmann, davon auszugehen, dass diese Aktion auch eine nachhaltig positive Wirkung für die heimische Tourismuswirtschaft mit sich bringen wird: „Etliche Burgenländerinnen und Burgenländer werden auf diese Weise zum ersten Mal Bekanntschaft mit dem professionellen Angebot in unseren Hotels und Pensionen machen. Für einen Teil von ihnen wird der Urlaub im Burgenland dann vielleicht zu einem fixen Bestandteil ihres Urlaubsverhaltens. **Das Burgenland kann vor allem mit seinen fünf pannonischen Säulen - Wein, Natur, Kulinarik, Kultur sowie Sport - punkten.** Mit diesem Angebot liegen wir ganz klar am Puls der Zeit. Es wäre deshalb auch der Bund gefordert, landesweit eine ähnliche Aktion zu konzipieren und damit einen wichtigen Impuls für ganz Österreich zu setzen“, so Doskozil.

Heimische Betriebe werden gestärkt - Handwerkerbonus neu

Der „Zukunftsplan Burgenland“ umfasst genau die Themen, die in dieser Krise noch mehr an Bedeutung gewonnen haben. Die heimischen Betriebe, Klein- und Mittelbetriebe sollen entlastet werden, sowie weitere Maßnahmen gesetzt werden, um auch die Wirtschaft wieder anzukurbeln.
Eine davon ist der **Handwerkerbonus**, der finanziell aufgestockt aber auch ausgeweitet wird. Die auslösbaren Fördersummen wurden dafür verdoppelt. Dadurch soll vor allem die heimische Bauwirtschaft unterstützt und in einer schwierigen Phase für Beschäftigung gesorgt werden. Denn die kleinen und mittleren Betriebe sind das Rückgrat der heimischen Wirtschaft. Sie sind aufgrund fehlender Aufträge besonders von den Folgen der Corona-Krise betroffen.
Zugleich werden BurgenländerInnen, die Sanierungs- oder Reparaturarbeiten an ihrem Eigenheim vornehmen, finanziell deutlich entlastet.

Was ändert sich mit 1. Juni 2020?

- Der Fördergegenstand des Handwerkerbonus wird auf alle Bau- und Sanierungsmaßnahmen auf Grundstücken mit bestehenden privaten Wohngebäuden, deren Baubewilligung (aus einem abgeschlossenen Bauverfahren) zum Zeitpunkt des Ansuchens mindestens fünf Jahre zurückliegt, erweitert. (bisher 10 Jahre)
- Ergänzend werden zukünftig auch Arbeiten an baulichen Außenanlagen (zB: Einfriedungen, Terrassen mit Überdachung, sonstige bauliche Maßnahmen zur Beschattung) und bestimmte Installationen wie Regenwassernutzungsanlagen gefördert. (bisher förderbar waren Sanierungsarbeiten am Gebäude selbst)
- Die bisherigen Förderhöchstbeträge werden bei Sanierungsarbeiten von 5.000 auf 10.000 Euro, bei energieeffizienten Maßnahmen von 7.000 auf 14.000 Euro erhöht.
- Es sind nunmehr mehrere Antragstellungen pro Wohneinheit möglich – mit einer Deckelung von 10.000 bzw. 14.000. Euro.
- Sanierungsarbeiten, die zwischen 1. Jänner und 31. Mai 2020 durchgeführt und noch nicht bei der Burgenländischen Wohnbauförderung eingereicht wurden, können nach den neuen Bestimmungen gefördert werden
- Zusätzlich können für bereits eingereichte Projekte die Materialkosten geltend gemacht werden
- Die geänderten Richtlinien treten mit 1. Juni 2020 in Kraft

Herausforderungen meistern – das macht die SPÖ Burgenland!

Der „Zukunftsplan Burgenland“ soll das Burgenland durch diese Krise führen und an die Erfolge der letzten Jahre und Jahrzehnte anknüpfen. Denn Ziel ist es, das jede Burgenländerin und jeder Burgenländer gut und sicher im Burgenland leben kann.

600.000 Arbeitslose, viele Firmen vor der Pleite: Was aus "Koste es, was es wolle" geworden ist

Die Regierung hat versprochen "Koste es, was es wolle" – sie werde niemand in Österreich im Stich lassen. Und was ist passiert: In Österreich sind so viele Menschen arbeitslos wie noch nie, zwei Drittel der Kleinunternehmer sagen, die Hilfen der Regierung genügen bei weitem nicht, und die Kulturszene fühlt sich komplett im Stich gelassen. Viele von ihnen haben sich darauf verlassen, dass die Regierung ihre Versprechen einhält und sie die angekündigten Hilfen auch wirklich bekommen – doch die Erwartungen wurden enttäuscht. Hier ein nur kurzer Auszug.

Faktencheck - Wirtschaft: Kleinunternehmen vor dem Ruin

» Härtefallfonds

Angekündigt: Unbürokratische Hilfe - 6.000 Euro für drei Monate

» Im März hat **Sebastian Kurz** angekündigt: "Hier wird es bis zu 6.000 Euro innerhalb von drei Monaten geben, also bis zu 2.000 Euro Maximum pro Monat für jede einzelne Person, für jede einzelne EPU. Was zählt, ist nicht, was angekündigt wird, sondern was ankommt bei den Betroffenen."
» Auch **Wirtschaftsministerin Schramböck** hat damals versprochen: Der Härtefallfonds soll "so rasch wie möglich dieses Geld zu den Kleinstunternehmen und EPUs bringen. Es ist wichtig, dass es einfach ist, und es ist wichtig, dass es schnell ist."

Realität: Auszahlungen unter der Sozialhilfe und Bürokratie-Chaos

» Hunderttausende Unternehmen fielen beim Härtefallfonds in der ersten Welle (mit strengen Kriterien zu Mindestumsatz und Maximalumsatz) ganz durch und wurden auch in der zweiten Phase gar nicht oder nur gering gefördert. **Von den Anfang März versprochenen zwei Milliarden wurden im ersten Monat laut Wirtschaftsministerin Schramböck nur 156 Millionen Euro ausbezahlt – das sind gerademal acht Prozent (!) der versprochenen Summe.** Viele Einzelunternehmern bekamen die Mindesthöhe von 500 Euro in der ersten Auszahlungswelle – das ist nicht einmal die Höhe des Sozialhilferichtsatzes (920 Euro).
» Eine **Studie der Universität Wien** zeigt: **63% der EPUs und 66% der Kleinstunternehmer beurteilen den Härtefallfonds mit der Note "Nicht genügend".** Denn die Auszahlungen liegen für viele Betroffene unter der Höhe der Sozialhilfe (920 Euro), die Anträge sind sehr bürokratisch. Für die Abwicklung ist die Wirtschaftskammer zuständig und nicht wie in anderen Ländern das Finanzministerium. Wer, wo, welche Förderung bekommt, ist oftmals nicht klar. Immer wieder wurden Betroffene zwischen Wirtschaftskammer, Wirtschaftsministerium und Finanzamt hin und her geschickt.

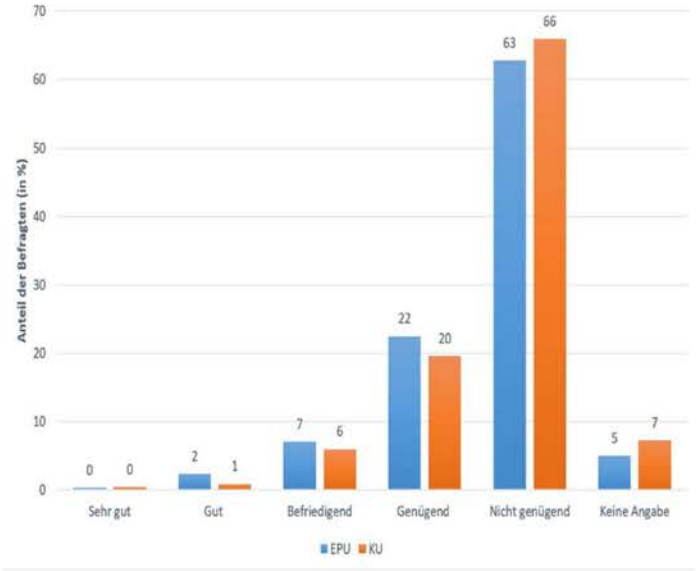


Abbildung 2. Beurteilung des Härtefall-Fonds. Fragestellung: „Mit welcher Schulnote würden Sie die Phase 2 des Härtefallfonds beurteilen?". Befragungszeitraum 30. April bis 5. Mai 2020. N=1.176.

» An EPUs und Kleinstunternehmen hängt ein Viertel der österreichischen Arbeitsplätze – die misslungen Hilfen haben auch die explodierenden Arbeitslosenzahlen zu verantworten. Hier zeigt auch der Vergleich mit Deutschland, wo die Corona-Arbeitslosigkeit deutlich weniger zugenommen hat: Deutschland hat gerade den kleinen Unternehmen deutlich größere Hilfen gewährt.

» Kurzarbeit

Angekündigt: 10 Mrd. Euro für Kurzarbeit in kurzer Zeit

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck betont die schnelle Hilfe: "Besonders an der Neuregelung ist die kurzfristige Beantragung innerhalb 48 Stunden. Vielleicht dauert es ein paar Stunden länger, aber das Ziel ist, binnen einer Woche die Modelle umsetzen zu können." (OÖN, 16.3.2020)

Realität: Nur 273 Mio. Euro ausbezahlt, verspätete Gehaltszahlungen

» Die Corona-Kurzarbeit sichert mehr als 1,3 Millionen Arbeitsplätze. 111.922 Anträge von Unternehmen wurden gestellt, 110.908 sind in Bearbeitung, 107.758 Anträge wurden bewilligt mit einer Bewilligungssumme von mehr als 10 Milliarden Euro. **Ausbezahlt wurden bisher (laut Wirtschaftsministerin Schramböck im Wirtschaftsausschuss) nur 273 Millionen Euro.** Auch wenn die Regierung das Budget nochmals - auf 12 Mrd. Euro - aufstocken will.
» **Viele Arbeitnehmer in Kurzarbeit müssen auf ihr Gehalt länger warten**, weil Firmenchefs ihre Mitarbeiter mit dem Hinweis vertrösten, dass auch sie noch kein Geld vom Arbeitsmarktservice (AMS) erhalten haben – das berichtet etwa die Salzburger Arbeiterkammer. (Krone, 17.5.2020)
» Eine **Pleitewelle** rollt an (Dressmann, Airfield, Colloseum, Haanl). Begründung bei Dressmann: Die Umsatzeinbrüche durch die Corona-Krise. **Für die Beschäftigten wurde zwar Kurzarbeit beantragt, jedoch sei es noch zu keiner Auszahlung gekommen**, sodass diese Maßnahme zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit nicht genügt habe. Betroffene alleine bei Dressmann: 165 Beschäftigte. (APA 215, 18.5.2020)
» Ein Gastronom berichtet von einem 20-seitigen detaillierten Antrag, den er einreichen musste. "Wenn das alle machen, brauchen die Beamten ein Jahr, um das abzuarbeiten." In Salzburg erzählt ein Geschäftsführer, dass er wegen Kurzarbeit für jeden einzelnen der 1.300 Mitarbeiter ein zwölfseitiges Formular ausfüllen habe müssen. (Die Presse, 17.3.2020)

» Dividenden- und Boni-Verbot bei Staatshilfen

Angekündigt: Keine Boni- und Dividenden bei Staatshilfen

Vizekanzler Werner Kogler hat Einschränkungen bei der Ausschüttung von Dividenden und Boni für Firmen angekündigt, die Staatshilfen beantragen: "Wir haben uns darauf verständigt, die Dividenden-Auszahlungen und Boni zu beschränken." (ORF-ZiB Spezial, 3.4.2020)

Realität: Boni nur halbiert, Dividende ab nächsten März wieder

Manager-Boni dürfen zu 50% trotzdem ausgezahlt werden und Dividenden wieder ab März 2021. Das Dividendenverbot gilt nicht für Unternehmen, die Kurzarbeit in Anspruch nehmen.

» Keine Staatshilfen für Steuersünder

Angekündigt: Keine Staatshilfen für Steuersünder

In einer Aussendung der Grünen heißt es: Als drittes Land in Europa ist es uns nun gelungen, die Auszahlung von Staatshilfen anlässlich der Corona-Krise an Unternehmen mit Sitz in Steueroasen zu verbieten.

Realität: Weiter Staatshilfen für Steuersünder, weil zahnloses Verbot

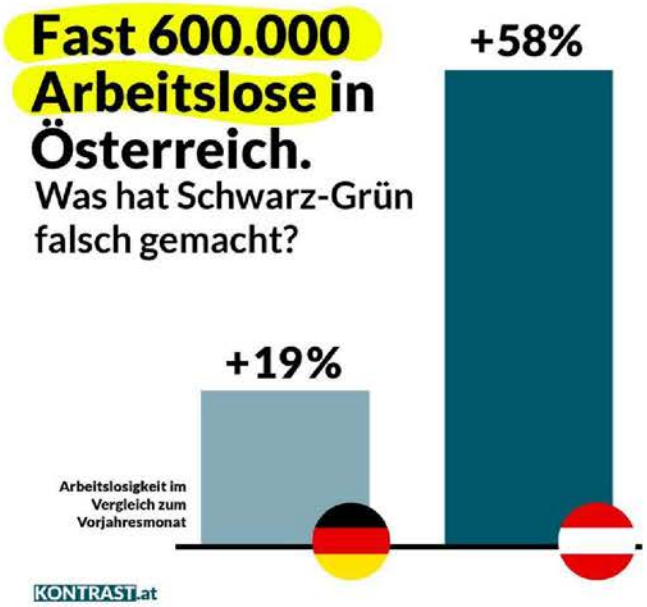
Der Beschluss ist "praktisch wirkungslos", wie das Netzwerk Attac kritisiert. Davon sind nur Unternehmen betroffen, die Firmen in einem der Länder auf der schwarzen Liste der EU haben. Da fallen aber fast alle relevanten Länder raus, in denen Konzerne tatsächlich Tochterunternehmen zur Gewinnverschiebung haben - etwa Jersey, Singapur, Schweiz usw.

Faktencheck - Arbeit: Höchste Arbeitslosigkeit in der 2. Republik

Angekündigt: "Kampf um jeden Job"

Sebastian Kurz hat immer wieder betont, lieber um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen anstatt das Arbeitslosengeld von 55 auf 70 Prozent des letzten Einkommens zu erhöhen.

Realität: Höchste Arbeitslosigkeit in der 2. Republik, deutlich mehr als in Deutschland



» In Österreich ist die Arbeitslosigkeit deutlich stärker gestiegen als in Deutschland. Während sich die Arbeitslosigkeit in Österreich seit dem Vorjahr um 58 Prozent erhöht hat, ist sie Deutschland um 19 Prozent gestiegen.

» **Das liegt auch an den Hilfspaketen:** Das Volumen für die Wirtschaftshilfen ist in Deutschland hochgerechnet fünfmal so groß wie in Österreich. Für EPUs und Kleinstunternehmen gibt die deutsche Regierung das 25-fache aus und mit 15.000 Euro eine bis zu 2,5-fache maximale Auszahlung im Vergleich zu Österreich.

Faktencheck - Hilfspakte für den Sport

Angekündigt: Alles, was es braucht - für den Sport

Vizekanzler und Sportminister Werner Kogler: "Es gilt auch beim Sport, dem Prinzip nach, 'alles, was es braucht'. Wir wollen die ökonomischen Einschläge, die ja auch nicht gewinnorientierte Organisationen treffen, nicht unberücksichtigt lassen." (APA 331, 15.4.2020)

Realität: Planungssicherheit fehlt

» Selbst bei den Budgetberatungen im Mai konnte Kogler noch keine Auskunft geben, wie es aussieht. Jetzt sollen 700 Millionen für gemeinnützige Sport- und Kulturvereine zur Verfügung stehen. Da dies auf zwei Quartale aufgeteilt ist, fehlt jede Planungssicherheit für die Sportvereine.

» Völlig offen ist, ob es bei Inanspruchnahme nicht zu solchen Schwierigkeiten wie bei den Einzelunternehmen kommt und etliche Vereine kein Geld sehen.

Faktencheck - Tourismus

Angekündigt: Zahlreiche Hilfen und Wirtepaket

Haftungsübernahmen und Tilgungsaussetzungen, ein Fixkostenzuschuss, wie auch Maßnahmen aus dem Härtefonds und zuletzt ein sogenanntes Wirte-Paket

Realität: Keine Perspektive, keine Kredite

» Viele Bankinstitute vergeben aufgrund der niedrigen Eigenkapitalquote keine Kredite an Hotels und Pensionen.

» Die Betriebe werden auch aufgrund der Folgen der Reisebeschränkungen auch in den nächsten Wochen wenige Gäste und kaum Umsatz haben. Ihnen fehlt eine Perspektive.

» Das Wirte-Paket ist noch in Planung, scheint aber nicht zu reichen und stößt bei Betroffenen bereits auf heftige Kritik.

Beispiele türkis-grüner Politik für Milliardäre:

Beispiel 1 – ÖVP Großspender Novomatic

Dividende trotz Kurzarbeit

Novomatic-Milliardär Graf: Gönnt sich 50 Mio. Dividende, holt sich Staatshilfen und zahlt kaum Gewinnsteuern

Hätte der Novomatic-Eigentümer Johann Graf nur 1 Prozent seines 6,5 Milliarden schweren Vermögens eingesetzt, wäre der Konzern ohne Staatshilfen durch die Corona-Krise gekommen. Stattdessen schickt die Firma alle Mitarbeiter auf Staatskosten in Kurzarbeit und zahlt Graf noch 50 Millionen Dividende aus. Dabei zahlt Novomatic in Österreich kaum Steuern auf seinen Gewinn.

Wer in Krisenzeiten Hilfe vom Staat und Geld von den Steuerzahlern bekommt, sollte sie auch wirklich benötigen. Die Kritik war groß, als sich KTM-Chef und ÖVP-Spender Stefan Pierer inmitten der Corona-Krise eine Millionen-Dividende ausschütten wollte. 3.639 der Mitarbeiter hatte KTM in Kurzarbeit geschickt. Die Regierung verkündete daraufhin ein Dividendenverbot für Firmen, die Staatshilfen in Anspruch nehmen. Pierers KTM AG beschloss wenige Wochen später dennoch, 27 Millionen Dividende auszuschütten – denn das Dividendenverbot der Regierung ist löchrig: Es trifft nur Firmen, die Hilfen aus dem Corona-Hilfsfonds (Cofag) bekommen, aber nicht jene, die Kurzarbeit in Anspruch nehmen. „Das ist in Wahrheit eine regierungsamtliche Umgehungskonstruktion zum Dividendenverbot“, schreibt der SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer in einer Aussendung.

Novomatic-Eigentümer Johann Graf ist zweitreichster Österreicher

Und so kommt es, dass jetzt auch der Glücksspielkonzern Novomatic 50 Millionen Euro Dividende ausschüttet – trotz Kurzarbeit. Johann Graf, der Chef der Novomatic, ist der zweitreichste Österreicher. Sein offizielles Vermögen liegt bei 6,5 Mrd. Euro. Graf hat in den letzten 40 Jahren so viel Geld mit dem Glücksspiel und der Spielsucht von kleinen Leuten verdient, dass man meinen könnte, sein Vermögen von mehreren Milliarden Euro reicht aus, um sein Unternehmen gut durch die Krise zu bringen. Doch auch Multimilliardäre wie Graf greifen in der Corona-Krise lieber auf Staatshilfen zurück. Mit 1. April schickte er alle 3.200 Mitarbeiter in Kurzarbeit. Statt seine Milliarden im Kampf um sein eigenes Unternehmen einzusetzen, müssen die Steuerzahler die Novomatic-Löhne zahlen.

Anstatt in der Krise das eigene Vermögen zu benutzen, um die Firma zu stabilisieren, hat Johann Graf die Steuerzahler die Löhne seiner Novomatic-Mitarbeiter begleichen lassen. Auf ihren Gewinn zahlt die Aktiengesellschaft außerdem kaum Steuern.

Novomatic bezahlt kaum Steuern

Dazu kommt, dass die Novomatic kein besonders großer Steuerzahler in Österreich ist, wie ihr Eigentümer Graf gerne betont: Die Novomatic zahlt kaum Körperschaftssteuer in Österreich und schafft es durch ein kompliziertes Firmen-Konstrukt sogar, vom österreichischen Finanzamt mehr Geld zu bekommen, als die Novomatic einzahlt.
Funktionieren tut das folgendermaßen: Die Novomatic AG macht zwar einen Bilanzgewinn von 402 Millionen Euro, wendet aber ein System an, das sich Steuergruppe nennt. Dabei wird nicht das Einzelunternehmen besteuert, sondern die Unternehmensgruppe, zu der neben der Novomatic noch weitere Unternehmen gehören, etwa ADMIRAL Sportwetten. Innerhalb dieser Gruppe werden dann Verluste so verschoben, dass Novomatic am Ende keine Steuern auf ihr Ergebnis zahlt. Im Gegenteil: Statt Steuern zu zahlen, erzielte die Novomatic im Jahr 2019 sogar ein Steuerguthaben von 2 Millionen Euro – 2018 waren es 85.000 Euro.

Riesige Dividende trotz Wirtschaftskrise und Kurzarbeit

Novomatic zahlt also keine Steuern auf seinen Gewinn und lässt auch noch die Steuerzahler die Löhne der Novomatic-Beschäftigten übernehmen. Für den Allein-Eigentümer Johann Graf ist das ein enorm gewinnbringendes Modell. So kann Graf sich durch seine beiden Firmen, die Novo Invest GmbH und die Novo Swiss AG, trotz Wirtschaftskrise und Kurzarbeit eine Dividende von 50 Millionen Euro auszahlen. Das hat die Hauptversammlung Ende März mitten in der Corona-Krise beschlossen. Im Jahr davor waren es „nur“ 22 Millionen.

Beispiel 2 – Privatklinik

Privatklinik-Affäre: Nicht nur FPÖ, auch ÖVP erhielt Spenden

Der ehemalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache soll sich intensiv dafür eingesetzt haben, dass ein befreundeter Betreiber einer Privatklinik öffentliche Gelder von der Sozialversicherung bekommt. Vor der Gesetzesänderung sind 10.000 Euro an die FPÖ geflossen, Chatprotokolle legen außerdem Urlaubseinladungen und verdeckte Zahlungen nahe. Schließlich wurde die Klinik in den

Fonds für Privatkliniken (Prikraf) aufgenommen. Außerdem haben ÖVP und FPÖ die Mittel für die Privatspitäler aus der Krankenkasse aufgestockt. Von der Aufstockung profitiert noch ein weiterer Partei-Spender: Die PremiQaMed Gruppe bekommt ein Drittel der Gelder aus dem Fonds – und hat 50.000 Euro an die ÖVP gespendet.

Kurz vor dem Start des Ibiza-Untersuchungs-Ausschusses sind neue Korruptionsvorwürfe gegen die schwarz-blaue Regierung aufgetaucht: **Chatprotokolle belegen**, dass Heinz-Christian Strache dem Betreiber der Privatklinik Währing offenbar ein Gesetz auf Bestellung geliefert hat – zuvor sind 10.000 Euro als Parteispende an die FPÖ geflossen. Neue Dokumente legen zudem nahe, dass es deutlich mehr Geld und auch Urlaubseinladungen für Strache gegeben haben soll. Noch während der türkis-blauen Koalitionsverhandlungen steht Walter Grubmüller, Betreiber der Privatklinik, in engem Kontakt mit dem damaligen FPÖ-Obmann und zukünftigen Vizekanzler HC Strache. Strache schreibt ihm:

„Welches Bundes-Gesetz wäre für dich wichtig, damit die Schönheitsklinik endlich fair behandelt wird? Prikraf! Lg".

Und tatsächlich hat die ÖVP-FPÖ Regierung dann 2018 im Zuge der Sozialversicherungsreform die Währinger Schönheitsklinik in besagten Prikraf aufgenommen, zusammen mit einer Aufstockung der Mittel für Privatspitäler: 146 Mio. im Jahr müssen die Krankenkassen künftig an die Privatspitäler zahlen – statt bisher 130 Mio. Euro.

PRIVATSPITAL ZAHLTE AUCH 50.000 AN ÖVP

„Prikraf" steht für Privatkrankenanstalten-Finanzierungsfond und ist eine Erfindung der schwarz-blauen Schüssel-Regierung. Aus dem Fonds finanziert die Krankenkasse seit 2002 Privatspitäler, derzeit kommen 45 Kliniken in den Genuss öffentlicher Gelder. Arbeitnehmervertreter in der Krankenkasse standen dem Fonds von Anfang an kritisch gegenüber, ebenso die SPÖ. Verwaltet und geregelt wird der Fonds von einer Kommission, in der die Wirtschaftskammer mit 5 Sitzen die Mehrheit hat, die drei anderen kommen von der Sozialversicherung.

Doch die Währinger Klinik von Walter Grubmüller ist nicht der einzige private Gesundheitsanbieter, der in den Genuss von Prikraf-Geldern kommt und Geld an eine Partei spendete. Auch die **PremiQaMed hat sowohl im Wahlkampf 2017 als auch 2018 je 25.000 Euro an Sebastian Kurz gespendet.** Es handelt sich um die Holding der Privatspitäler der UNIQA-Versicherung. Sie profitieren mit der **Privatklinik Confraternität, der Privatklinik Döbling, dem Goldenen Kreuz, der Privatklinik Graz Ragnitz und der Privatklinik Wehrle-Diakonissen** von der Aufstockung der öffentlichen Gelder für Privatspitäler. 2018 erhielten die Kliniken der PremiQaMed insgesamt **42,1 Mio. aus der Sozialversicherung** – das ist ein Drittel des Fonds. Und das sind 5 Millionen Euro mehr als zuvor. Ihr Vorstandsvorsitzender Julian M. Hadschieff ist der Obmann des Fachverbands der Gesundheitsbetriebe in der Wirtschaftskammer, denn Privatspitäler gehören der WKÖ an und nicht dem Krankenanstaltenverbund.

Von: **Julian Hadschieff**
An: **Heinz-Christian Strache**
Freitag, 6. Juli 2018

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,

zunächst noch einmal herzlichen Dank für die zwischen uns besprochene Lösung zur Aufnahme der Privatklinik Währing in den PRIKRAF.
(...)
Die beigeschlossenen Regelungen wurden so wie zwischen uns vereinbart mit Herrn Kanzleramtsminister G. **Blümel** und Herrn Finanzminister H. **Löger** abgestimmt.

„Privatspitäler spenden nicht nur hohe Summen an die FPÖ, sondern auch an die ÖVP. Der Fonds aus Steuermitteln wurde um 15 Mio. auf 145 Mio. aufgebessert. Gesetz bestellt, gespendet und geliefert", twittert der SPÖ-Abgeordnete Kai Jan Krainer dazu aus dem U-Ausschuss.

MEHR GELD FÜR PRIVATKLINIKEN ZULASTEN ÖFFENTLICHER KRANKENHÄUSER

Als ÖVP und FPÖ 2018 beschlossen haben, mehr Beitragsgelder der Arbeitnehmer an Privatspitäler auszubezahlen, stemmte sich der Hauptverband der Sozialversicherungsträger dagegen: Die zusätzlichen Finanzmittel von 14,7 Milionen Euro sind eine „starke Bevorzugung" der Privatkrankenanstalten, die Mittelerhöhung für Privatspitäler geht „zu Lasten der öffentlichen Krankenkasse".
Jetzt fordert der ÖGK Vize-Obmann Andreas Huss (SPÖ) zumindest die jüngste Aufstockung zurückzunehmen: „Das ist eine Umverteilung der Beiträge der Versicherten an Privatkliniken, die nicht gerechtfertigt ist". Die SPÖ will den Prikraf-Fonds überhaupt ganz abschaffen.
Ihr Gesundheitssprecher Philip Kucher schreibt in einer Aussendung:

„Das Geld wäre im öffentlichen Gesundheitssystem besser aufgehoben, man könne damit mehr Hausärzte, Psychotherapie auf Krankenschein oder kostenlose Grippeimpfungen finanzieren."

Mit den Privatspitälern solle es hingegen wie vor 2002 Einzelverträge geben, wenn diese wirklich notwendige Leistungen übernehmen. Doch die große Reform der Krankenkassen durch die Kurz-Strache-Regierung ging in die andere Richtung: Im Vorwort der schwarz-blauen Regierungsvorlage zur Reform wurden drei große Ziele der Reform genannt. Eines davon: Die Rahmenbedingungen für private Anbieter von Gesundheitsdiensten zu verbessern.

Beispiel 3 – KTM – ÖVP Großspender Stefan Pierer

Dividende trotz Kurzarbeit

KTM-Pierer erhielt doch Millionen trotz Staathilfe

Der Wirbel war groß, als zu Beginn der Corona-Krise ÖVP-Großspender und KTM-Chef Stefan Pierer verkündete, er würde sich selbst eine Dividende von vier Millionen ausschütten – trotz Kurzarbeit von 3.639 Mitarbeitern. Pierer nahm die Dividenden-Ankündigung nach heftiger Kritik zurück. Recherchen der Online-Plattform „kontrast.at" zeigen nun, dass seine Konzerngruppe dennoch Boni und Dividenden in Höhe von 27 Millionen Euro ausschüttete.

Mitten in der Corona-Krise, am 31. März, verkündete Pierer Mobility, früher KTM Industries, dass die am 30. Jänner veröffentlichten Ergebniszahlen bestätigt worden seien und man für 2019 eine unveränderte Dividende von fast sieben Millionen an die Aktionäre auszahlen wolle. 62,6 Prozent der Aktien gehören dabei der Pierer Industries AG, de facto Stefan Pierer selbst. An die Pierer Industries AG wären somit vier Millionen Euro geflossen. Pierer Mobility meldete währenddessen für seine 3.639 Mitarbeiter Kurzarbeit an. Dass Pierer staatliche Hilfe annahm, sich aber gleichzeitig Millionen-Dividenden auszahlen wollte, sorgte für heftige Kritik am ÖVP-Großspender. Pierer hatte im Wahlkampf 2017 mehr als 400.000 Euro an die Kurz-Partei gespendet.

Firmengeflecht macht's möglich

Nun zeigen neueste Recherchen der Online-Plattform „kontrast.at" ein klares Bild. Denn die Pierer Mobility AG ist nur ein Teil des komplizierten Firmengeflechts von Stefan Pierer. Aus 20 Firmen soll es insgesamt bestehen. Das ist insofern wichtig, da das Dividenden- und Boniverbot nur für Unternehmen gilt, die Hilfen aus dem Corona-Hilfsfonds (Cofag) beziehen, aber nicht die, die Kurzarbeit angemeldet haben.
Laut „kontrast.at" sollen so bei KTM Boni und Dividenden in Millionenhöhe ausbezahlt worden sein. So soll Pierer in der Pierer Mobility AG 1,2 Millionen laut Jahresabschluss erhalten haben, 400.000 aus fixen Bezügen, mehr als 800.000 Bonus. Der fünfköpfige Vorstand inklusive Chef Pierer hat demnach 2,9 Millionen Euro erhalten, der Großteil (1,8 Mio) aus Boni.

Auch 13 Millionen nach Indien

Bei der Tochterfirma der Holding Mobility AG, KTM AG, wurden ganze 2.600 Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt. Dennoch hat die KTM AG ihren Aktionären die Dividende ausgeschüttet. 52 Prozent der KTM AG gehören dabei der KTM Mobility AG. Die restlichen 48 Prozent sind im Besitz des indischen Firma Bajaj Auto. Die KTM AG schüttete insgesamt 27,11 Millionen Euro Dividende aus, 14 Millionen an die österreichische Konzernmutter, 13 Millionen an den indischen Konzern. Wohlgemerkt: Alles, während KTM seine Mitarbeiter in Kurzarbeit hatte.
Auch hier dürften die KTM-Vorstände gut aussteigen. Neben den 1,9 Millionen fixen Bezügen kämen für 2020 noch 2,7 Millionen Boni für die Vorstände hinzu. Stefan Pierer ist Vorstandsvorsitzender und wird seinen Teil des Kuchens wohl erhalten.

Beispiel 4 – Wirecard-Betrug

Wirecard-Betrug: Kurz-Berater Markus Braun wegen illegaler Finanzgeschäfte festgenommen

Der Kurz-Berater und ehemalige Chef der Wirecard AG Markus Braun wurde wegen Betrugsvorwürfen in Deutschland festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, massiv die Bilanzen der Firma frisiert zu haben und in illegale Finanzgeschäfte verwickelt zu sein. Brauner ist ein enger Berater von Bundeskanzler Sebastian Kurz und sitzt auch in dessen Experten-Gremium Think Austria. Der ÖVP hat er im Wahlkampf 70.000 Euro gespendet.

Gegen den Kurz-Vertrauten Markus Braun wird in seiner Rolle als Chef der Wirecard AG wegen Bilanzfälschung und der Marktmanipulation ermittelt. Am Montagabend hat er sich den Strafverfolgern in München gestellt. Wirecard soll seit Jahren seine Zahlen fälschen.

1,9 MRD. EURO FEHLEN

Die Wirecard AG galt als Shooting Star der Börse in Frankfurt, ihr Chef Markus Braun als Vorzeige-Unternehmer und Vorreiter der modernen Finanzwirtschaft. Das Unternehmen machte sein Geld mit Zahlungsabwicklungen für Internet-Händler und im online Glückspiel. Durch das Aufsehen, das der Erfolg von Wirecard brachte, kam der gebürtige Wiener bald in Kontakt mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und wurde sein Berater.Bereits seit über einem Jahr gab es Vermutungen, dass Wirecard seine Bilanz frisiert, um an der Börse besser dazustehen. Am Donnerstag (18.6.2020) kommt es jedoch zum Eklat: Die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young (EY), die seit Jahren die Abschlüsse des Unternehmens unter die Lupe nehmen, verkünden, dass es bei Wirecard zu massiven Fälschungen gekommen ist. Wirecard gab an, 1,9 Milliarden auf Treuhandkonten in den Philippinen zu lagern. Dieser Milliardenbetrag existiert jedoch nicht: Zertifikate, die diese Werte dokumentieren sollen, sind plumpe Fälschungen.

Die Wirecard-Aktie befindet sich auf Talfahrt, seit die Vorwürfe bekannt wurden und Markus Braun die Führung des Konzerns verließ. Am Montag (22.6.2020) stellte die Staatsanwaltschaft München einen Haftbefehl wegen Bilanzfälschung und der Marktmanipulation gegen Braun aus. Dieser stellte sich den Behörden noch am gleichen Abend. Am Mittwoch kommt er gegen 5 Mio. Euro Kaution frei.

Medienspiegel

KURIER Raffaela Lindorfer, 30.5.2020

Polit-Experte Filzmaier zu Budget: "Werden den Gürtel enger schnallen müssen"

"Koste es, was es wolle": Dieses Versprechen wird die Regierung wohl nicht einhalten können, meint der Politologe in einer humorigen Rückschau auf die Woche.

10.000, 100.000, eine Million Euro. "Urviel": In diese Sammelkategorie fallen Summen ab einer gewissen Höhe.
Politologe Peter Filzmaier will in gewohnt humoriger Manier damit sagen, dass die Bevölkerung diese Woche wohl nicht sonderlich viel Interesse für die hitzige Budgetdebatte im Parlament hatte.
SPÖ, FPÖ und Neos kritisierten Finanzminister Gernot Blümel scharf. Groß war zudem die Schadenfreude über den peinlichen Zahlendreher am Donnerstagabend. Blümel vergaß im Antrag die Angabe "in Millionen Euro". So wären beinahe 102.000 Euro statt 102 Milliarden Euro als Ausgabenobergrenze beschlossen worden.
Umsonst sei das Getöse im Parlament aber keineswegs gewesen. "Die Opposition macht ihren demokratiepolitischen Job", sagt Filzmaier am Freitagabend in der "ZiB2". Sie kann - und sie soll - im Rahmen ihrer Kontrollfunktion Fehler aufzeigen. Und er merkt schmunzelnd an, dass der schwere Rechenfehler "ausgerechnet am Tag der Mathematik-Matura" passiert sei.

Ausrauben sei keine Option

Das Thema Budget sei für die breite Masse erst dann von Interesse, wenn das Geld irgendwo fehlt. Und das wird wohl bald soweit sein. In der Corona-Krise hat die Regierung die Parole ausgegeben: "Koste es, was es wolle".
Das war in Zeiten von Existenzängsten, was alle hören wollten, sagt Filzmaier. Wenn der Staat auf lange Sicht viel mehr ausgeben muss, stelle sich allerdings die Frage: Wo kommt das Geld her? Dass die Regierung jemanden im Park ausraubt, sei unwahrscheinlich, meint Filzmaier. Ebenso wurden Steuererhöhungen für Besserverdiener oder Millionärssteuern bereits ausgeschlossen. Die wenig optimistische Prognose des Politologen: Es sei wie mit einem Weihnachtsgeschenk, das angekündigt wurde, aber wohl nicht ganz eingelöst wird. "Wir werden wohl irgendwann den Gürtel enger schnallen müssen."

"Das verstehen viele nicht"

Thema waren auch die Lockerungen der Corona-Maßnahmen, die heute von der Regierung verkündet wurden. Filzmaier erinnerte noch einmal an die bisherigen Patzer: Kanzler Sebastian Kurz habe die Angstspirale überdreht, als er von Hunderttausenden Todesopfern sprach und meinte, dass bald jeder von uns jemanden kennen werde, der an Corona gestorben ist. Und die Ausgangssperren waren so, wie sie permanent kommuniziert wurden, nicht von der entsprechenden Verordnung gedeckt.
Oder auch die Ausnahmen in der Gastronomie, die so manchem nicht recht schlüssig erscheinen. Filzmaier schildert: Auf dem Weg in ein Lokal müssen zwei Menschen, die keine gemeinsame Wohnung haben, einen Meter Abstand halten, im Auto oder in den Öffis müssen sie eine Maske tragen. Im Lokal aber können sie mit zwei weiteren fremden Menschen an einem Tisch sitzen, abwechselnd sogar am Schoß voneinander. Nur, um am Heimweg wieder Abstand zu halten und Masken zu tragen. Filzmaier: "Das verstehen viele nicht." Der Regierung sei deshalb gut beraten, jetzt weniger auf Regeln und mehr auf Eigenverantwortung der Bevölkerung zu bauen.

Der Standard, Hans Rauscher, 30. Mai 2020

Die falsche Art von Professionalität

Jeder weiß, dass die Corona-Krise eine große Rezession, wenn nicht Depression auszulösen droht

Wenn man in einer über Nacht hastig erarbeiteten Tabelle die Rubrik "in Mio. Euro" vergisst, und es kommt dann ein Staatsbudget von 102.000 Euro heraus (statt 102 Milliarden), dann kann das passieren. Es passiert aber Leuten, die wie die "Master of the Universe" auftreten und bei allem, was sie tun, auf Message-Control achten – also auf die falsche Art von Professionalität. Sie achten darauf, wie etwas aussieht, nicht was es wirklich bewirkt.
Finanzminister Gernot Blümel hat zuerst ein völlig realitätsfernes Corona-Krisen-Budget durchpeitschen wollen. Dann hat er doch einen Rückzieher gemacht, die Zahlen korrigiert (immer noch unrealistisch), dabei aber bei der Nachtaktion einen urpeinlichen Flüchtigkeitsfehler eingebaut, auf den ihm der SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer draufgekommen ist.

Parallel dazu erklärt Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer glücklich: "Die Stimmung der Wirtschaft ist besser, als wir gedacht haben." Was hat er sich dabei gedacht? Seit Wochen hallt die Öffentlichkeit von den Klagen kleiner Unternehmer und Einpersonenfirmen wider, die sich darüber beschweren, dass die Auszahlung der Hilfsgelder aus

dem Härtefallfonds, die die Regierung der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) übertragen hat, viel zu bürokratisch, langsam und nach komplizierten, undurchschaubaren Regeln verläuft. Jeder weiß, dass die Corona-Krise eine große Rezession, wenn nicht Depression auszulösen droht. Jeder wird der Regierung zugestehen, dass sie vor einer völlig neuen Situation steht. Aber über dem Ganzen schwebt ein Geruch von Unprofessionalität – und türkiser Machtpolitik.

Leuchtturmprojekte

Warum wurde der Härtefonds überhaupt einer Interessenvertretung wie der WKO übergeben? Weil die Finanzbehörden personell überfordert wären, lautet die zunächst plausible Erklärung. Aber die Neos und andere Vertreter kleiner Selbstständiger verweisen darauf, dass die WKO nun alle Bilanzdaten der ansuchenden Unternehmer bekommt; dass die Bewilligung der Gelder natürlich ein Machtinstrument für die schwarz-türkis dominierte Kammer ist. Sebastian Kurz selbst soll darauf gedrungen haben, dass die Kammer den Härtefonds administrieren darf.

Blümel ist Teil des engsten Kreises um Kurz. So wurde er Finanzminister, nachdem sein Vorgänger Hartwig Löger, ebenfalls eine Kurz-Erfindung, aus der Politik schied. Es hat schon Finanzminister gegeben, die keine Finanzexperten waren – dafür gibt es Berater, hochqualifizierte Beamte. Hat Blümel auf diese Expertise zurückgegriffen? "Zackzack", die Aufdecker-Website von Peter Pilz, berichtet überdies, dass die Daten der Antragsteller für den sogenannten Fixkostenzuschuss auch an eine ÖVP-nahe Privatfirma namens "Multi-Media-Marketing" gehen.
Multi.Media.Marketing. Das ist der türkisen Truppe ein Kernanliegen. Was dann dabei herauskommt, sind oft Demontagen sogenannter Leuchtturmprojekte durch die Gerichte. Der Verfassungsgerichtshof hat der türkis-blauen Koalition groß angekündigte populistische Projekte bei Mindestsicherung und im "Sicherheitspaket" zurückgeschmissen. Die EU wird auch die Kürzung des Kindergeldes für ausländisches Hilfspersonal abmontieren.
Die Krise ist ohne Beispiel. Aber wie wär's mit weniger Marketing und mehr richtiger Professionalität?

Der Stadard, 2. Juni 2020, Andreas Schnauder

Die tiefen Wunden der ÖVP

Rundumschläge zeigen, dass Kritik an der Krisenbewältigung die Partei hart trifft

Am Montag folgte die nächste Finte, als der Gastronom Berndt Querfeld im STANDARD-Interview heftige Kritik an den Hilfen für die Branche geäußert hatte

Dass eine Kanzlerpartei ihre Kritiker nicht mit Samthandschuhen anfasst, mag nicht weiter überraschen. Doch wie türkis geführte Ministerien und der Parteichef selbst Angriffe von Skeptikern und Gegnern in den letzten Wochen pariert haben, sprengt sogar die Grenzen ruppiger politischer Diskussionskultur. Da wird abgestritten, beschönigt, diffamiert und konstruiert. Das gelingt auch deshalb so gut, weil sich zunehmend Medien für Propaganda einspannen lassen.
Dabei sorgte zuletzt die Ballung an seltsamen bis unfairen Praktiken im Hause ÖVP für Kopfschütteln. Wenn ein ehemaliges Mitglied im Corona-Expertenstab überzogene Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie sachlich anspricht, wird das von Sebastian Kurz brüsk zurückgewiesen: Er höre zum Glück nicht auf die falschen Experten. Wenn Verfassungsjuristen schwerwiegende Ungereimtheiten bei Notstandsverordnungen bemängeln, spricht der Regierungschef von juristischen Spitzfindigkeiten. Wenn sich der Kanzler in der Kleinwalsertaler Menge badet, sind Dorfbewohner und Journalisten an der Missachtung der Abstandsregeln schuld.

Nun haben die ÖVP-Stäbe ordentlich nachgelegt. Kritiker der Regierung oder zumindest des türkisen Teils des Kabinetts müssen mit Revanche rechnen. Da wäre das Beispiel des roten Finanzsprechers Jan Krainer, dem eigentlich ein Dankeschön dafür gebührt, dass er fehlende Nullen im Budgetantrag entdeckt hat. Das Finanzministerium brachte daraufhin falsche Anschuldigungen gegen den SPÖ-Mandatar in Umlauf, die auch medialen Niederschlag fanden.
Am Montag folgte die nächste Finte: Weil der Gastronom Berndt Querfeld im STANDARD-Interview heftige Kritik an den Hilfen für die Branche geäußert hatte, rückte das Tourismusministerium aus. Querfeld habe mehrere Instrumente für Unterstützungsleistungen in Anspruch genommen, wurde medial gestreut. Das mag stimmen – oder auch nicht. Natürlich muss ein Ministerium die Möglichkeit haben, sich gegen allfällig falsche Äußerungen zur Wehr zu setzen. Aber wenn die ÖVP als traditionsreiche Hüterin des Amtsgeheimnisses angebliche Hilfen an ein Unternehmen plötzlich nach außen spielt, liegt das Kalkül auf der Hand: Wer nicht artig ist, muss mit erzieherischen Maßnahmen rechnen. Im konkreten Fall mit Bloßstellung.Der Landtmann-Chef hat einen Nerv getroffen. Das großspurig angekündigte Hilfspaket wird von immer mehr Betrieben als Schmalspurprogramm empfunden. Die Versprechen umfassender, rascher und unbürokratischer Hilfe klingen für Unternehmer, die seit zweieinhalb Monaten auf Geld warten und am Rande des Abgrunds stehen, wie blanker Hohn. Die angebliche Wirtschaftspartei ÖVP samt ihrer Kammer kommt ausgerechnet wegen Kritik der Betriebe unter Druck.

Und wie kontert Kurz? In Ö3 auf den Härtefallfonds angesprochen, suggeriert er, Unternehmer könnten ihren Namen nicht richtig schreiben oder hätten ihr Einkommen nicht voll versteuert. Derartige Rundumschläge eines ansonsten so besonnenen Regierungschefs legen nahe, dass er viel von seiner Souveränität eingebüßt hat. Die Wunden müssen tief sein. Kurz sollte Kritik ernst nehmen und sich und seine Spindoktoren zügeln, vor allem jene in den Ministerien. Propaganda mag zum Geschäft der Parteizentralen zählen, in der öffentlichen Verwaltung hat sie nichts verloren.

Auf Twitter kommentiert:

Armin Wolf @ArminWolf, 12:42 nachm. · 30. Mai 2020·Twitter for iPad
Foto: BKA = Bundeskanzleramt. Drei Fragen dazu: Warum macht man als Politikerin sowas? Warum ist ein Fotograf des Kanzleramts dabei? Vor allem aber: Warum druckt ein Medium dieses Bild unkommentiert ab?

Hubert Sickinger, Politologe, unter anderem Experte für Parteienfinanzierung und Korruption. Fotos von PolitikerInnen, die persönlich Geld verteilen, das offenkundig nicht ihr eigenes (sondern aus dem Budget) ist sollten JournalistInnen ganz generell als pure Propaganda verwerfen. Außer man *will* ungefilterte Propaganda bringen.

Profil, Rosemarie Schwaiger, 20. Juni 2020

Taschengeld für die braven Kleinen

Die Regierung sollte endlich wieder anfangen, uns Bürger wie Erwachsene zu behandeln.

Die vergangene Woche ging ordentlich ins Geld. Man kommt derzeit kaum hinterher mit dem Milliardenzählen. Allein die bei einer zweitägigen Regierungsklausur im Bundeskanzleramt beschlossenen Hilfsmaßnahmen belaufen sich auf rund 15 Milliarden Euro. Insgesamt soll der Wiederaufbau nach Corona laut aktuellen Schätzungen etwa 50 Milliarden verschlingen. Aber das muss nicht das letzte Wort gewesen sein; die Krise ist ja noch jung.

Die Geldschwemme liegt im globalen Trend. Reihum werden derzeit Fantasiesummen ausgegeben, um die Wirtschaft nach dem Virus-Lockdown wieder halbwegs zu stabilisieren. Sollten die staatlichen Interventionen nicht greifen, gehen wir also wenigstens nicht als Einzige pleite. Ein österreichisches Spezifikum ist allerdings die gönnerhafte Attitüde, mit der Türkis-Grün das Geld verteilt. Ständig ist von "großzügigen Hilfspaketen" die Rede - gerade so, als müssten die Mitglieder der Bundesregierung ihre Sparbücher auflösen und fortan nur noch Kartoffelsuppe essen, damit unsereins weiterhin in Saus und Braus leben kann. Gelegentlich würde der Hinweis nicht schaden, dass es sich bei den absurden Summen um Kredite handelt, die wir Bürger in den nächsten Jahren und Jahrzehnten abstottern werden. Keiner kriegt etwas geschenkt, auch nicht das Baby, dem Arbeitsministerin Christine Aschbacher neulich vor der Linse des Regierungsfotografen einen Hunderter ins Patschhändchen drückte.

Aschbachers befremdlicher Einsatz, reportiert von der "Kronen Zeitung", wurde zu Recht von allen Seiten kritisiert. Aber die sorgfältig komponierte Szenerie warf immerhin ein Schlaglicht auf die Art, wie diese Regierung seit Pandemiebeginn mit den Bürgern umgeht: Das Volk ist nicht länger der Souverän, sondern ein Haufen Kinder, die man mit einer ausgewogenen Mischung aus Strenge und Güte durchs Leben führen muss. Erst galt es, brav zu sein und ohne Murren daheim zu bleiben, damit das Virus die Lust verliert. Weil das so gut geklappt hat, gibt es jetzt Extra-Taschengeld für alle, die besonders arm dreinschauen. Manche der beschlossenen Leistungen basieren, wie das bei Taschengeld so üblich ist, auf reiner Willkür. Wer etwa zwischen Juli und September mindestens zwei Monate arbeitslos ist, bekommt einmalig 450 Euro überwiesen. Alle Parteien außer der ÖVP und viele Experten hatten sich für eine zumindest vorübergehende Erhöhung des Arbeitslosengelds ausgesprochen. Sebastian Kurz wollte das nicht, weil es gerade in niedrig qualifizierten Bereichen attraktiv bleiben solle, sich so schnell wie möglich um eine neue Stelle zu bemühen, wie er sagte. Aktuell wird es zwar nicht so einfach sein, einen Job zu finden. Aber natürlich darf der Sozialstaat nicht zu gemütlich werden, da hat der Bundeskanzler schon recht. Nur warum dann die 450 Euro? Und warum nur für jene, die im Sommer arbeitslos sind? Kriegen Menschen, die ihre Arbeit erst im Oktober verlieren, vielleicht auch noch ein paar Hunderter, wenn sie recht nett bitte sagen?

Einmalzahlungen kommen als Geschenk von oben daher, nicht als Erfüllung eines Anspruchs. Auch deshalb sind sie derzeit so beliebt: Familien erhalten für jedes Kind 360 Euro - und zwar alle, ob sie von der Wirtschaftskrise betroffen sind oder nicht. Die wirklich Betroffenen können sich schon länger um eine Auszahlung aus dem Familienhärtefonds anstellen. Da gibt es allerdings nur 50 Euro für höchstens drei Monate. Wer aller sonst noch warum wie viel aus den diversen anderen Hilfsfonds bekommen hat oder vielleicht erst bekommen wird, ist trotz täglich mindestens einer Pressekonferenz noch immer unklar. Es soll ja spannend bleiben.

Ein Lockdown lässt sich nur umsetzen, wenn man die Bürger weitgehend entmündigt. Das war überall so, wo die Virusbekämpfung mithilfe dieser drastischen Maßnahme angegangen wurde. Irgendwann sollte die Politik aber wieder anfangen, erwachsene Menschen auch wie Erwachsene zu behandeln. In Österreich gibt es diesbezüglich sehr viel Luft nach oben - und das gilt nicht bloß für die Hilfsmaßnahmen: Gesundheitsminister Rudi Anschober etwa hielt es vor ein paar Wochen für angebracht, bei einer Pressekonferenz Babyelefanten aus Pappe zwischen sich und den anderen Gesprächspartnern aufzustellen. Thematisch ging es um die Corona-App, die Anschober promoten wollte. Und wer genau hinschaute, konnte an den Rüsseln der Elefanten auch tatsächlich kleine Mobiltelefone baumeln sehen. Die Inszenierung passt gut zum Tonfall, den Anschober seit ein paar Monaten grundsätzlich anschlägt, wenn er sich an die Öffentlichkeit wendet, und der irgendwo zwischen Volksschullehrer und Schlafsaalaufsicht im Internat liegt. Immer schön vorsichtig sein, gell.

"Wir haben natürlich die Aufgabe, relativ komplexe Verordnungen oder rechtliche Regelungen so zu übersetzen, dass man sie verstehen kann", erklärte Sebastian Kurz jüngst im "ZIB 2"-Interview auf die Frage, warum die Regierung wochenlang vor der Übertretung gar nicht existierender Ausgangsbeschränkungen gewarnt hatte. Man müsse in einer Krisensituation "möglichst einfach kommunizieren",meinte der Kanzler. Unter uns: So blöd sind wir gar nicht. Wir könnten wieder anfangen, uns halbwegs normal miteinander zu unterhalten.

DER STANDARD, STEFAN BROCZA, 11. JUNI 2020

Einspruch, Herr Kurz!

Der Bundeskanzler sorgt als Parteichef einer "Europapartei" mit seiner Aussage, dass die Schweiz nicht an EU-Regeln gebunden sei, für Staunen

Europarechtsexperte Stefan Brocza stellt im Gastkommentar die Aussage von Sebastian Kurz, die Schweiz sei nicht an EU-Regeln gebunden, richtig: Sowohl in den Binnenmarkt, als auch in das Asylwesen der EU sei die Schweiz weitgehend eingebunden.

"Die Schweiz ist unter den Top-Staaten – auch weil sie nicht an EU-Regeln gebunden ist." Diese Aussage stammt vom österreichischen Bundeskanzler und ist objektiv falsch. Nachzulesen ist das Ganze im großen Sonntagsinterview im *Kurier*, und es stellt sich eigentlich nur eine Frage: Warum verbreitet Sebastian Kurz dies?

Spätestens in seiner Zeit als Außen- und EU-Minister hätte ihm eigentlich auffallen müssen, dass es so etwas wie eine intensive Anbindung der Schweiz an die Europäische Union gibt. Selbst bei einem völligen Desinteresse am Thema bliebt nicht verborgen, dass die Schweiz durch ein ganzes Bündel von Abkommen faktisch am EU-Binnenmarkt teilnimmt.

Europäisierte Schweiz

Seit der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens von 1972 hat die EU mit der Schweiz ein immer dichteres Netz an bilateralen Abkommen geschlossen. Zwischenzeitlich ist deren Zahl auf rund 130 angewachsen. Dazu kommen noch weitere – rund 80 – multilaterale Verträge, die ebenfalls die Beziehungen EU/Schweiz regeln.
Dass all diese Abkommen eine schrittweise rechtliche Anpassung und in der Folge eine immer größere Übernahme von Rechtsvorschriften mit sich bringen, sollte selbst einem Studienabbrecher der Rechtswissenschaften klar sein. Langzeitstudien sprechen gar von einer "Europäisierung der Schweizer Rechtsordnung". Knapp die Hälfte aller Schweizer Gesetzesänderungen der letzten Jahrzehnte bestanden darin, Schweizer Recht an EU-Recht anzupassen oder einfach die jeweiligen EU-Normen zu übernehmen. Dieselben Untersuchungen zeigen, dass die Schweiz sogar in den Bereichen, in denen sie gar nicht verpflichtet wäre, eine solche Anpassung durchzuführen, dies trotzdem tut. Warum das passiert? Weil die EU der weitaus größte Handelspartner der Schweiz ist. Und wer mit der EU Geschäfte machen will, muss deren Standards, Normierungen und Vorschriften übernehmen.
Aber nicht nur in den EU-Binnenmarkt ist die Schweiz längst weitgehend eingebunden. Durch eigene Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen nimmt die Schweiz auch voll am EU-Grenzregime und Asylwesen teil. Und schließlich ist die Schweiz auch noch zu regelmäßigen Zahlungen in den EU-Haushalt verpflichtet. Aktuell sind das rund zwei Milliarden Euro, die jährlich aus Bern nach Brüssel überwiesen werden. Anders wäre es auch gar nicht möglich, dass die Schweiz etwa an den jeweiligen EU-Forschungsprogrammen teilnehmen kann.

Kein Widerspruch

All das hat der österreichische Bundeskanzler in seinem *Kurier*-Interview verleugnet. Warum er das getan hat, darüber kann man nur spekulieren, denn nachgefragt wurde nicht. Es scheint unter österreichischen Journalistinnen und Journalisten kaum mehr üblich zu sein, erhaltene Antworten auf ihre Plausibilität hin zu überprüfen oder gar zu hinterfragen. In einem Akt kollektiven Vorausgehorsams werden die Wortspenden des Kanzlers dankend in Empfang genommen und abgedruckt.

Aber selbst in der eigenen Partei des Kanzlers – der sich immer noch als "Europapartei" gerierenden ÖVP – regt sich kein Widerspruch. Keiner der sonst so "glühenden Europäer" getraut sich das Wort zu ergreifen und dem Kanzler und Parteichef zu widersprechen. Stattdessen werden seine zunehmend schriller werdenden Ausritte gegen die EU wohl oder übel zur Kenntnis genommen. Wer Wahlen gewinnt, darf sich offensichtlich alles erlauben. Und auf diese Weise ermutigt, transferiert sich der Kanzler immer mehr in eine Art Mini-Donald-Trump. Der US-Präsident verdreht bekanntlich die Wahrheit, wie es ihm gerade passt, und seine Partei schweigt dazu. Bisher musste nur die FPÖ jeweils ein Bekenntnis zu Europa ablegen, um in die Bundesregierung zu kommen. Vielleicht muss man ein solches Bekenntnis in Zukunft auch von der ÖVP unter Kurz einfordern.

Der Standard, Hans Rauscher, 16. Mai 2020

Kurz: Never say sorry

Warum der Kanzler sich nicht entschuldigen kann

Sebastian Kurz bringt es nicht oder ganz schwer über sich, "Entschuldigung" zu sagen. So auch in der "ZiB 2" Donnerstagabend, als er den peinlichen Eindruck des PR-Kirtags im Kleinwalsertal verwischen wollte. Er hätte nur sagen müssen: Ja, tut mir leid, das ist uns aus dem Ruder gelaufen. Aber, nein, schuld sind die Medien und die Kleinwalsertaler, die halt ihre Begeisterung nicht zügeln konnten.Das hat bei Kurz aber System: Die Verordnungen über die Ausgangsbeschränkung sind ein bisserl verfassungswidrig? Schuld sind laut Kurz die Juristen im grünen Gesundheitsministerium. Aus Ischgl wurden die Viren über halb Nordeuropa verteilt? Kurz stellt im deutschen Fernsehen in der Raum, die Corona-Infektionen in Europa hätten in München ihren Ausgang genommen.Und vor einem Jahr, als das Ibiza-Video seinen famosen Koalitionspartner FPÖ sprengte, sagte Kurz: Vielleicht war's der Silberstein.

Ein Kanzler ist aber verantwortlich für das, was in seinem Verantwortungsbereich passiert, auch wenn ihn keine direkte Schuld trifft. Wer keine Fehler zugeben kann, gibt implizit zu, dass er um sein Selbstwertgefühl Angst hat.
Die Kurz-Truppe ist mit cooler Planung und brennender Motivation dorthin gekommen, wo sie jetzt ist. Die Inszenierung muss perfekt sein. Ist sie es nicht, setzen alle Verleugnungsmechanismen ein. Das ist ein wenig uncool.

Der Standard, Hans Rauscher, 21. Juni 2020

Ibiza-Ermittlungen: Der Geruch der Vertuschung

Ein türkis-blaues Watergate?

Kommenden Mittwoch wird Bundeskanzler Sebastian Kurz vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss aussagen. Vorab erklärte er, er könne wohl "wenig beitragen zum Ibiza-Video selbst und auch zu gewissen Vorwürfen gegen die Freiheitliche Partei". Mag sein, aber die Opposition wird mehr wissen wollen. Die offizielle Bezeichnung des U-Ausschusses trägt nämlich die Qualifikation "betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung".

Es geht im Grunde darum, ob die türkise Regierungspartei und mithin Sebastian Kurz selbst Teil eines FPÖ-Deals rund um "Käuflichkeit" im Zusammenhang mit Glücksspiel waren.

Es gibt aber noch einen zweiten, nicht minder wichtigen Strang: Über dem Ganzen liegt der Geruch der Vertuschung.
Am 17. Mai 2019 wurde der Inhalt des Ibiza-Videos veröffentlicht, mitsamt dem Ausspruch von Strache: "Novomatic zahlt alle." Am 23. Mai ließ ein Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes gegen den Einspruch der hausinternen IT-Abteilung unter falschem Namen fünf Festplatten außer Haus schreddern. Der Auftrag dazu kam aus dem Büro des damaligen Kanzleramtsministers Gernot Blümel. Die Rechercheplattform *Zackzack* des früheren Abgeordneten Peter Pilz deckte nun auf, dass ein Polizist der Sonderkommission in der Ibiza-Sache (Soko Tape) bereits das Handy des Kanzleramt-Schredderers in der Hand hatte, dieses aber wieder zurückgab. Daraufhin wollte die Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) das Handy sichern. Aber die Oberstaatsanwaltschaft erteilte der WKStA die Weisung (!), die Sache zu vergessen.

Der Polizist ist ein gewisser Niko R. Ein echter Sonderermittler, denn er schickte nach Straches Rücktritt wegen Ibiza diesem eine SMS mit der glühenden Huldigung: "Lieber HC, ich hoffe auf einen Rücktritt vom Rücktritt… die Politik braucht dich". Mehr Befangenheit geht wohl nicht. Niko R., der auch lokal für die ÖVP kandidierte, meldete die SMS sogar dem Chef der Soko Tape, Andreas Holzer. Er wurde trotzdem weiter mit Ermittlungen gegen Strache und eben auch in der Schredder-Affäre beauftragt. In Letzterer lieferte er eine unbezahlbare Erklärung, warum er möglicherweise relevante Handys und Computer in der ÖVP-Parteizentrale nicht beschlagnahmt hatte. Stefan Steiner, der engste Berater des Bundeskanzlers, habe die Polizisten schon vom Fenster aus gesehen, "weshalb man davon ausgehen könne, dass belastende Daten sicherlich schon beseitigt worden seien"(!). Kottan ermittelt. Oder doch eher Watergate? Der US-Präsident Richard Nixon stürzte 1974 letztlich über die Vertuschung und die Behinderung der Justiz im Zusammenhang mit einem "drittklassigen Einbruch" im Büro der Demokraten im Watergate-Hotel. Selbstverständlich ist das alles nur ein Verdacht. Auffällig ist jedoch, dass die dem türkisen Innenminister unterstehende Soko Tape sich in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf die Handlanger des Ibiza-Videos konzentriert, also auf ein Nebenthema, während die WKStA (auch vor dem U-Ausschuss) den mangelnden Aufklärungseifer in Sachen Hauptthema, nämlich "mutmaßliche Käuflichkeit", kritisiert.

Kanzler Kurz ist in der Sache nicht Beschuldigter, er kann sich also vor dem U-Ausschuss nicht so der Aussage entschlagen wie andere vor ihm, sagt Stefanie Krisper, die "Verhandlungsführerin" der Neos im Ausschuss. Viel wird da auf informiertes Fragen der Opposition ankommen.

Gratulation

Mai - Juni

50. Geburtstag

Böhm Sabine Maria Gisela Mag.
Am Nußfeld 42 — 07. Juni

Schnaitt-Papai Andrea
Lahngasse 6 — 11. Juni

Predl Elke Maria
Theodor Kery-Straße 29 — 12. Juni

Reisner Sonja
Kirchengasse 11/6 — 23. Juni

55. Geburtstag

Tima Julius Gyula
Generationenplatz 1/18 — 18. Mai

60. Geburtstag

Maschler Marlene
Theodor Kery-Straße 79 — 11. Mai

Eigner Gertraud
Feldgasse 36 — 06. Juni

Bauer Sabine Regina
Erlenweg 22/Stg. 2/3 — 18. Juni

Bayer Martina Melitta
Theodor Kery-Straße 66 — 21. Juni

Steininger Annemarie
Badgasse 23 — 23. Juni

65. Geburtstag

Giefing Johann
Neugasse 22 — 14. Mai

Rathmanner Peter Dr.
Am Nußfeld 25 — 21. Mai

Payer Gertraud
Hauptstraße 80 — 07. Juni

Loidl Friedrich
Feldgasse 12/5 — 12. Juni

Lipp Siegfried Anton
Hauptstraße 96 — 15. Juni

Koth Maria Mag. Dr.
Theodor Kery-Straße 44 — 20. Juni

70. Geburtstag

Kollarits Franz
Am Nußfeld 1 — 29. Juni

71. Geburtstag

Balgavy Milan
Industriestraße 1 — 18. Mai

72. Geburtstag

Kietaibl Günter
Theodor Kery-Straße 50 — 14. Mai

Maier Alois
Augasse 7 — 16. Mai

Böhm Gisela
Am Nußfeld 42 — 21. Mai

Predl Johann
Hauptstraße 47/3 — 12. Juni

73. Geburtstag

Steiger Helmut
Am Nußfeld 7 — 25. Mai

74. Geburtstag

Landauer Albert
Neugasse 12 — 08. Mai

Dominkovits Monika Zitha
Waldgasse 19 — 18. Mai

Rathmanner Magdalena
Feldgasse 26 — 13. Juni

Dröscher Helene
Am Nußfeld 22/1 — 26. Juni

75. Geburtstag

Winkler Gerlinde
Waldgasse 17 — 21. Juni

Prokopetz Johann
Badgasse 31 — 25. Juni

77. Geburtstag

Simon Brigitte
Theodor Kery-Straße 98 — 31. Mai

Dominkovits Inge Maria
Theodor Kery-Straße 48 — 25 . Juni

78. Geburtstag

Unger Gerlinde
Badgasse 48 — 16. Juni

79. Geburtstag

Pfnier Frank Ing.
Fasanenweg 2 — 24. Juni

80. Geburtstag

Felnhofer Ingrid
Augasse 5 — 13. Mai

Trummer Anna
Hauptstraße 90 — 30. Mai

Godovitsch Peter
Theodor Kery-Straße 39 — 09. Juni

Payer Theresia
Badgasse 20 — 09. Juni

Walter Gerlinde
Hohlweggasse 11 — 13. Juni

Bayer Theresia
Theodor Kery-Straße 66 — 23. Juni

Wegscheidler Johann
Hauptstraße 2 — 29. Juni

81. Geburtstag

Steiner Helmut
Am Nußfeld 38 — 08. Juni

Kautz Maria
Theodor Kery-Straße 9 — 24. Juni

Kroh Theresia
Lahngasse 10 — 26. Juni

82. Geburtstag

Trummer Anna
Hauptstraße 5 — 06. Juni

Felber Harald
Erlenweg 22/Stg. 2/1 — 15. Juni

Marton Ernestine
Badgasse 11 — 26. Juni

83. Geburtstag

Dominkovits Theresia
Badgasse 21 — 22. Mai

84. Geburtstag

Rozenits Erna
Badgasse 15 — 14. Juni

88. Geburtstag

Maidl Magdalena
Badgasse 2 — 19. Juni

89. Geburtstag

Biribauer Franz
Neugasse 2 — 16. Juni

Jaindl Alois
Theodor Kery-Straße 83 — 22. Juni

90. Geburtstag

Jenko Janez
Theodor Kery-Straße 13 — 22. Mai

Kraft Anna
Kirchengasse 11/1 — 05. Juni

91. Geburtstag

Hodec Franz
Theodor Kery-Straße 19 — 04. Mai

Wegscheidler Margarethe
Hauptstraße 3 — 09. Juni

97. Geburtstag

Berger Magdalena
Hauptstraße 60 — 23. Mai

25. Hochzeitsjubiläum

Daniela und Hannes Zeschka
Badgasse 38 — 05. Mai

40. Hochzeitsjubiläum

Susanne und Harald Piringer
Waldgasse 4a — 09. Mai

Wilhelmine und Anton Trimmel
Bahngasse 2 — 23. Mai

Karin und Werner Feymann
Am Nußfeld 8 — 12. Juni

Geburt

Mariana-Alina und Cristian-Nicolae Fara — Kirchengasse 11/5
Sohn **Matteo Christian** — 18. Mai

Trauer

Rathmanner Anna
Hauptstraße 69 — 10. Mai

Wir gratulieren Anna Trummer zum 80. Geburtstag

Die SPÖ Neutal und Gemeinde Neutal gratuliert Peter Godovits zum 80. Geburtstag

Die SPÖ Neutal gratuliert Elke Predl zum 50. Geburtstag

Wir gratulieren Gerlinde Walter zum 80. Geburtstag

Die SPÖ Neutal gratuliert Franz Kollarits zum 70. Geburtstag

Die SPÖ Neutal und Gemeinde Neutal gratuliert Johann Wegscheidler zum 80. Geburtstag

Erfolgreiche Saison für den ASKÖ TC Neutal

Seit Anfang Juni stehen die 4 Mannschaften des ASKÖ TC Neutal, trotz Einschränkungen durch Covid 19, voll im Meisterschaftsbetrieb. Alle 3 Herrenmannschaften hatten einen guten Start, sodass mit guten Platzierungen am Saisonende gerechnet werden kann. Für die Damenmannschaft ist das Ziel Meister zu werden und den sofortigen Wiederaufstieg in die höchste Spielklasse zu schaffen noch im Bereich des Möglichen.

Für die Sommermonate hat sich der Verein wieder einiges einfallen lassen, um weiterhin mehr Leute und vor allem Kinder für den Tennissport zu begeistern. Mitte Juni haben bereits die Kurse für Kinder begonnen, bei denen unter fachkundiger Anleitung der Tennissport erlernt und weiterentwickelt werden kann. Aktuell nehmen mehr als 20 Kinder am wöchentlichen Training teil. Dank der neu erbauten Sport- und Kulturhalle ist es nun mehr auch möglich bei schlechten Wetter die Trainingseinheiten durchzuführen. Dafür ein großes Dankeschön an die Gemeinde und Bgm. Erich Trummer.

Die Kinder haben Spas beim Training in der neuen Sport- und Kulturhalle.

Ob der Frühschoppen des ASKÖ TC Neutal am 15. August stattfinden kann, konnte noch nicht endgültig entschieden werden. Wir beobachten die weitere Entwicklung und werden darüber dann gesondert informieren.

Bei Interesse finden Sie alle Informationen auf der Homepage des Vereines unter www.neutal.tennisplatz.info!

Die NeutalerInnen halten auch in schwierigen Zeiten zu „Ihrem" Verein

Spielfeldpatenschaft „BLEIB BEIM VEREIN"

Der Initiative vom Fußballverein ASKÖ NEUTAL **„Bleib beim Verein"** sind bereits viele Neutalerinnen und Neutaler seit dem Start im Juni gefolgt, und haben sich „Ihre" **Parzelle(n) für die Spielfeldpatenschaft anlässlich der COVID-19 Pandemie um 25 Euro pro 10 m2** reserviert.
Ein großes **DANKE** an die Firma **STK Stefan Kustor**, der dem Verein die 8m2 große Tafel samt Beschriftung kostenlos zu Verfügung gestellt hat.
Die Tafel soll bis zum Saisonstart am Sportplatz aufgestellt werden, und mit den bereits eingelangten Spielfeldpatenschaften versehen sein.
Unterstützen Sie „Ihren" Verein, und sichern Sie sich „Ihre" Parzelle(n).

Im Namen des ASKÖ NEUTAL bedanke ich mich für Ihren Zusammenhalt und Ihre Unterstützung in dieser für den Verein sehr schwierigen Zeit, und lade alle noch Unentschlossen herzlich ein, sich auf unserer gut sichtbar positionierten, 8m2 großen Tafel mit einer Spielfeldpatenschaft eintragen zu lassen!

ASKÖ NEUTAL Obmann Michael Dominkowitsch

Wie kann ich eine Spielfeldpatenschaft - von 10m2 oder mehr - erwerben:

- Bei jedem Vorstandsmitglied des ASKÖ Neutal
- Bei einem der nächsten Sportplatzbesuche
- Mit Erlagschein

(Verwendungszweck: Spielfeldpatenschaft) - Raiffeisenbank Neutal, IBAN AT48 3301 4000 0130 4716, BLZ. 33014

KADERNEWS

Der **Kader der Reserve/Kampfmannschaft** konnte, bis auf die Abgänge von Fabio Lapiere, Laszlo Gulyas, Sebastian Berlakovich, Hermann Stocker und Marcel Tremmel (Stand 27. Juni), gehalten werden. Um die Abgänge zu kompensieren, sollen 2 neue Spieler in den Kader dazu kommen. Aus der U-16 kamen mit **Tobias Bozecski** und **Fabian Galler** zwei junge Neutaler in den Kader der Reserve/Kampfmannschaft dazu. **Michael Schmidt** und **Kevin Akgül**, die im Winter als Leihspieler nach Neutal gekommen waren, wechseln fix zum ASKÖ Neutal. Der Neutaler Nachwuchsspieler **Patrik Puhr** (bisher Leihspieler), wurde fix in Neutal angemeldet. **Marcel Geissler** aus Tschurndorf wurde als **Co-Trainer** für die Reserve/Kampfmannschaft engagiert, um das Training noch effizienter gestalten zu können, und um die Neutaler Jugendlichen gezielt an die Kampfmannschaft heranzuführen.

Die **U-16 Mannschaft**, mit aktuell **sechs Neutaler Nachwuchsspielern** und ihrem Trainer **Michael Riehs**, wird die Heimspiele zur Gänze in Neutal austragen. Die Spielansetzungen der U-16 werden so erfolgen, dass sie mit den Spieltagen der Reserve/Kampfmannschaft nicht kollidieren, und die Neutaler U-16 Spieler den Kader der Reserve verstärken können.

Der Verein mit Nachwuchskoordinator **Christian Trummer**, hat mit der Gründung einer **U-6 Mannschaft** einen weiteren Baustein gesetzt, dass sich Kinder in Neutal bereits in jungen Jahren fußballerisch betätigen können.

Das Team des ASKÖ NEUTAL freut sich jetzt schon, Sie nach 8 Monaten fußballloser Zeit in Neutal, (letztes Spiel in Neutal war am 16.November 2019) wieder auf unserer Sportanlage, bei den Spielen von der U-6 bis hin zur Kampfmannschaft, begrüßen zu dürfen.

SAISONSTART 2020

Durch die COVID-19 Pandemie hat sich der Start der Meisterschaft um einige Wochen nach hinten verschoben.
Die Meisterschaft 2020/21 wird am 21. August starten. Bei Möglichkeit (wenn beide Vereine sich einigen und nicht im BFV Cup vertreten sind) wird das Spiel der 15. Runde (letzte Herbstrunde – 21.11.) auf den
14. / 15. August vorgezogen. Am Wochenende vom 23.10. – 26.10. 2020 wird es mit Spielen am Freitag und am Montag (Nationalfeiertag) eine Doppelrunde geben.

Die geplanten Testspiele und der Trainingsstart für den Sommer, vom Nachwuchs bis zur Kampfmannschaft, mussten dadurch neu organisiert, um einige Wochen nach hinten verlegt werden. Sobald es die Auslosung für die Herbstmeisterschaft gibt, werden Sie natürlich sofort informiert.
Der Trainingsstart für die Reserve und die Kampfmannschaft ist für 13. Juli geplant.

Die U-16 Mannschaft, mit aktuell sechs Neutaler Nachwuchsspielern und ihrem Trainer Michael Riehs, wird die Heimspiele zur Gänze in Neutal austragen. Die Spielansetzungen der U-16 werden so erfolgen, dass sie mit den Spieltagen der Reserve/Kampfmannschaft nicht kollidieren, und die Neutaler U-16 Spieler den Kader der Reserve verstärken können.
Der Verein mit Nachwuchskoordinator Christian Trummer, hat mit der Gründung einer U-6 Mannschaft einen weiteren Baustein gesetzt, dass sich Kinder in Neutal bereits in jungen Jahren fußballerisch betätigen können.

TIPPSCHEINE „versprochen / gehalten"

Wie nach dem Abbruch der Frühjahrsmeisterschaft angekündigt, erhält jeder der einen Tippschein für die Frühjahrsmeisterschaft erworben hat, einen Gratis-Tippschein für die kommende Herbstmeisterschaft.

Die Gratis-Tippscheine und die **Tippscheine zum regulären Erwerb** für die **Herbstmeisterschaft 2020** sind **ab 1. August** bei den Funktionären und Spielern erhältlich.

GESELLSCHAFTLICHES

Der COVID-19 Pandemie fiel leider auch der traditionelle „Sportlerheurige am Sportplatz" (3. – 5. Juli) zum Opfer. Als Unterstützung für diesen Ausfall hat die SPÖ Neutal den ASKÖ Neutal eingeladen, gemeinsam den Neutaler Kirtag in der Sport-, und Kulturhalle am Samstag, 5.September zu veranstalten.
DANKE, der SPÖ Neutal für diese Möglichkeit.
Der traditionelle „Sautanz am Sportplatz" soll wie gewohnt im Oktober stattfinden.

Der ASKÖ NEUTAL gratuliert unserem Mitglied der Kantinencrew Vanessa Godovitsch, BA zur bestandenen Bachelorprüfung auf das Herzlichste.

Das Team vom Fußballverein ASKÖ NEUTAL wünscht einen schönen Sommer und erholsame Ferien!

Ankündigung
Kirtags Veranstaltung am 05. September 2020 in der neuen Sport und Kulturhalle

Covid 19 hat uns die letzen Monate beschäftigt und unser Sozialleben still gelegt. Aufgrund des derzeitigen guten Verlaufes sind Veranstaltungen – unter Auflagen- wieder möglich.

Nach der Zeit der Entschleunigung kommt ein wesentliches Grundbedürfnis des Menschen – wie die Sehnsucht nach Sozialkontakten wieder an die Oberfläche des individuellen Bewusstseins.

Um das gesellschaftliche Dorfleben wieder zu beleben und die bewährte Neutaler Tugend des Miteinanders wieder bewusst zu erneuern, haben sich der **ASKÖ Fußballverein Neutal und die SPÖ Neutal gemeinsam** entschlossen, den Brauchtum des Kirtages wieder aufleben zu lassen.

Die Kirtags Veranstaltung soll - **vorbehaltlich dem weiteren positiven Verlauf** -am Samstag, den 05. September 2020 in der neuen Sport und Kulturhalle, unter den vorgegebenen Auflagen, stattfinden. Mittels Postwurfsendungen werden Sie über das genaue Programm informiert.

Der ASKÖ Fußballverein Neutal und die SPÖ Neutal freuen sich schon, sie liebe NeutalerInnen, als Gäste begrüßen zu dürfen.

ASKÖ NEUTAL

SPÖ Neutal